

Präsident Dr. Norbert Lammert

- (A)
- (C)
- Ich rufe nun unseren Tagesordnungspunkt 2 auf:
- Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin
- Zum Europäischen Rat in Brüssel am 11./12. Dezember 2008**
- Hierzu liegt ein Entschließungsantrag der FDP vor.
- Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache im Anschluss an die Regierungserklärung 90 Minuten vorgesehen. – Auch dazu höre ich keinen Widerspruch. Dann können wir das so festhalten.
- Das Wort zur Abgabe einer Regierungserklärung erhält nun die Bundeskanzlerin, Frau Dr. Angela Merkel.
- (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)
- Dr. Angela Merkel**, Bundeskanzlerin:
- Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am 11. und 12. Dezember wird der Rat zum Abschluss der französischen Präsidentschaft in Brüssel tagen. Frankreich musste – das kann man heute schon sagen – das europäische Schiff durch schwere See steuern. Ich finde, das ist der französischen Präsidentschaft außerordentlich gut gelungen. Ich möchte mich heute schon bei Frankreich ganz herzlich bedanken, dass Europa so viele Bewährungsproben bestanden hat.
- (D)
- (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)
- Eine der großen Bewährungsproben in der Außenpolitik war mit Sicherheit im Sommer der Kaukasus-Konflikt. Europa hat es hier – man muss sich das noch einmal vor Augen halten – trotz 27 Mitgliedstaaten mit sehr unterschiedlichen Ansichten immer wieder geschafft, mit einer Stimme zu sprechen, den Dialog weder mit Russland noch mit Georgien abklingen zu lassen, sondern einen wichtigen Beitrag zur Lösung dieses Konfliktes zu leisten. Das war eine Bewährungsprobe der **europäischen Außenpolitik**, und Europa hat diese Bewährungsprobe nach meiner Meinung gut bestanden. Deutschland hat hier an der Seite Frankreichs sehr, sehr eng mitgearbeitet.
- (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)
- Beim EU-Russland-Gipfel ist es dann auch gelungen, die Verhandlungen zu dem Partnerschafts- und Kooperationsabkommen wieder aufzunehmen. Dieses Abkommen ist – trotz aller strittigen Fragen – von größter strategischer Bedeutung sowohl für die Europäischen Union als auch für Russland. Deshalb wünsche ich mir zügige Verhandlungen. Die ganze Bundesregierung – selbstverständlich auch der Bundesaußenminister – wird sich dafür einsetzen, dass das auch wirklich vorangeht.
- Wir haben in der nächsten Woche beim Rat zwei Themen im Mittelpunkt, die auf eine ganz besondere Weise zusammenhängen. Zum einen haben wir uns mit den

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) Folgen der weltweiten internationalen Finanzmarktkrise zu befassen, die gefolgt wird von einer Wirtschaftskrise, die wir schon als schwerwiegend einstufen müssen.

Zum anderen werden wir uns mit der Umsetzung eines Klimapakets befassen, das unter deutscher Präsidentschaft in seinen Grundzügen verhandelt worden ist und jetzt zum Abschluss gebracht werden muss. Beiden Themen ist eigen, dass die Überschrift heißt: Es handelt sich um globale Probleme. Eine nationale Lösung allein wird nicht ausreichen. Globale Probleme können wir nur gemeinsam lösen. Deshalb ist Europa in dieser Frage in ganz besonderer Weise gefragt. Ob Finanz-, Wirtschaftskrise oder Klimawandel, wir müssen zeigen, dass durch internationale Zusammenarbeit gemeinsame Lösungen für gemeinsame Probleme gefunden werden. Europa kann und Europa sollte auch in diesen Themenbereichen Vorreiter sein.

Europa hat bei der Bewältigung der **Finanzmarktkrise** gezeigt, dass wir mithilfe eines gemeinsamen Instrumentenkastens und eines abgestimmten nationalen Vorgehens diese Krise ein Stück weit in den Griff bekommen haben. Europa muss nun aber auch – das sage ich ganz deutlich mit Blick auf das deutsche Bankenrettungspaket – zügig handeln. Europa hat uns aufgefordert, schnell zu agieren. Wir haben das als Mitgliedstaat getan. Nun erwarten wir aber auch zügige Genehmigungen in Brüssel für unsere Rettungsaktion. Dort kann auch nicht einfach Business as usual betrieben werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

- (B) In der **Wirtschaftskrise** ist das gemeinsame europäische Vorgehen noch wichtiger; denn wir leben in einem europäischen Binnenmarkt. Der Binnenmarkt ist sozusagen das Herzstück der europäischen Zusammenarbeit. Wir haben seit etlichen Jahren eine gemeinsame Lissabon-Strategie, die zum Ziel hat – ich will daran noch einmal erinnern –, dass Europa der modernste und wirtschaftlich effizienteste Kontinent am Beginn des zweiten Jahrzehnts dieses Jahrhunderts wird. Wir haben einen gemeinsamen Stabilitäts- und Wachstumspakt, auf dessen Grundlage die gemeinsame Währung, der Euro, in Europa gilt. Das heißt, wir müssen, auch um die nationalen Programme überhaupt einpassen zu können, zu einem gemeinsamen europäischen Vorgehen kommen. Man kann schon sagen, dass sich die 27 Mitgliedstaaten in der Europäischen Union und ihre Staats- und Regierungschefs ein Stück weit als das verstehen, was in Frankreich manchmal „Wirtschaftsregierung Europas“ genannt wird. Dazu können wir uns bekennen. Ich bin nur dafür, dass wir das gemeinsam mit allen Mitgliedstaaten tun und an dieser Stelle nicht Untergruppen bilden; denn wir haben einen gemeinsamen Binnenmarkt. Das erfordert, dass die 27 Mitgliedstaaten miteinander agieren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir haben in unserer Ratssitzung Anfang November, als wir uns mit der internationalen Krise der Finanzmärkte und der Vorbereitung des Weltfinanzgipfels beschäftigt haben, genau aus diesen Gründen die Kommis-

- sion gebeten, uns zum Dezember-Rat Vorschläge zu machen, wie wir die Wirtschaftskrise auch durch ein gemeinsames europäisches Vorgehen bewältigen können. Die Kommission hat uns in der vergangenen Woche Vorschläge gemacht. Die Finanzminister haben in dieser Woche im Rat der Finanzminister, im Ecofin-Rat, ausführlich darüber diskutiert. Die Bundesregierung sagt: Grundsätzlich gehen die Vorschläge, die die Kommission gemacht hat, in die richtige Richtung.

Die Kommission schlägt vor, einen **zusätzlichen Investitionsimpuls** von etwa 200 Milliarden Euro in der Europäischen Union zu geben. Das sind 1,5 Prozent des europäischen Bruttoinlandsprodukts. Die Kommission sagt, dass sie davon aufgrund ihrer finanziellen Möglichkeiten 30 Milliarden Euro bereitstellen kann, und fordert die Mitgliedstaaten auf, ihrerseits Mittel in Höhe von 170 Milliarden Euro – das sind 1,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Nationalstaaten – zur Verfügung zu stellen.

Ich kann mitteilen, dass mit den heutigen Beratungen im Deutschen Bundestag ein Maßnahmenpaket der Bundesregierung auf den Weg gebracht wird, durch das in den nächsten zwei Jahren 32 Milliarden Euro an zusätzlichen Investitionen ermöglicht werden. Angeregt werden dadurch sogar Investitionen in Höhe von 50 Milliarden Euro. Wir gehören damit zu den führenden Ländern Europas, was die Reaktion auf die Wirtschaftskrise anbelangt. Das will ich hier noch einmal betonen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

- Unser nationales Maßnahmenpaket kann sich sehr wohl sehen lassen, weil wir damit ähnlich vorgehen wie viele andere auch. Wir werden heute hören, dass auch Frankreich zum Beispiel im Blick auf die Automobilindustrie ganz gezielte Maßnahmen vorschlagen wird.

Wir haben gesagt: Natürlich werden wir den Verlauf der Wirtschaftskrise, die Meldungen und die Einschätzungen, die wir jeden Tag bekommen und die sich im Übrigen in der Zeitachse sehr verändern, Anfang des nächsten Jahres vonseiten der Bundesregierung noch einmal bewerten, ohne schon jetzt zu sagen, ob und gegebenenfalls was wir tun. Wir wollen einfach nur zeigen: Wir müssen den Verlauf der Krise verfolgen und schnell, adäquat, aber auch sorgsam agieren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich fordere in dieser Situation zu Besonnenheit auf. Ich will daran erinnern, dass es in Europa einen **Stabilitäts- und Wachstumspakt** gibt. Der Euro, unsere gemeinsame Währung, gründet sich auf diesen Pakt. Wenn wir uns die Mitgliedstaaten der Europäischen Union anschauen – auch das gehört zur Wahrheit; das muss ausgesprochen werden –, dann stellen wir fest, dass die Bedingungen sehr unterschiedlich sind, unter denen Mitgliedstaaten schon heute Staatsanleihen aufnehmen dürfen. Das heißt, wir müssen auf mittlere Sicht wieder Wert darauf legen, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt von allen eingehalten wird. Deutschland wird die Kommission darin unterstützen, solche mittelfristigen Pläne wieder aufzustellen.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

(A) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb werden wir in Deutschland bei aller Dringlichkeit, die besteht, den Wettlauf um Subventionen oder den Wettlauf um Milliarden, einfach nur um den Eindruck zu erwecken, man habe etwas getan, nicht mitmachen. Das sage ich für die ganze Bundesregierung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die Kommission hat eine Idee aufgegriffen, der auch die Bundesregierung anhängt. Wenn wir Zusätzliches tun, dann lasst uns dies dazu verwenden, aus der Krise eine Chance zu machen. Dann lasst uns daran arbeiten, dass ein zukunftsfähiges Europa ganz im Sinne der Lisbon-Strategie das Ergebnis ist. Dann lasst uns dieses Europa auf das 21. Jahrhundert vorbereiten. Deshalb sind wir froh, dass die Vorschläge, die von uns zu den Breitbandnetzen gemacht wurden, umgesetzt wurden. Deshalb begrüßen wir es, dass zusätzliche Kreditprogramme für die Europäische Investitionsbank aufgelegt werden. Deshalb sind wir dafür, dass die Gelder, die in Europa vorhanden sind, jetzt beschleunigt ausgegeben werden, zum Beispiel für europäische Verkehrsnetze im Rahmen der europäischen Strukturfonds. Es geht gar nicht um mehr Geld, sondern es geht zuallererst darum, dass die Bedingungen so sind, dass Europa sein Geld ausgeben kann. Darauf werden wir Wert legen.

(B) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir, der Bundesaußenminister und ich, werden in der nächsten Woche sehr viel Wert darauf legen, dass wir für die Erreichung der Ziele, zum Beispiel Breitbandanschlüsse für alle in Europa, auch den entsprechenden Regulierungsrahmen bekommen. Es wird sich kein Investor finden, wenn nicht die **Breitbandversorgung** im ländlichen Bereich im Sinne des Investors für eine gewisse Zeit privilegiert wird; das macht dann niemand. Wir wollen, dass jeder einen Breitbandanschluss hat, auch im ländlichen Raum. Dafür muss die Kommission die Bedingungen schaffen. Darauf werden wir dringen, ich hoffe: erfolgreich.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Genauso werde ich eine Sache verfolgen, die für unsere kleinsten Unternehmen von außerordentlicher Bedeutung ist. Die Kommission sagt in der Wettbewerbskommission, sie sei im Augenblick überlastet. Wir sagen: Dann lasst uns doch in der Krise die **Beihilferegulungen** so verändern, dass Zahlungen bis zu 400 000 Euro statt heute bis zu 200 000 Euro nicht mehr beihilferechtlich überprüft werden müssen! Dann hätten wir die De-minimis-Regeln ein bisschen ausgeweitet. Die Kommission hat dann weniger Arbeit, und wir können besser handeln.

Ich halte dies in dieser außergewöhnlichen Situation für eine absolut richtige Maßnahme. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir wollen nicht verschweigen, dass in dem Kommissionspaket auch einige Dinge kritisch von deutscher Seite diskutiert werden, insbesondere steuerrechtliche Fragen. Wir glauben zum Beispiel nicht, dass abgesenkte **Mehrwertsteuersätze** für sogenannte Green Products oder – um es auf Deutsch zu sagen, Herr Präsident – Grüne Produkte

(Heiterkeit bei der CDU/CSU und der SPD – Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Das muss dringend ins Grundgesetz!)

uns weiterhelfen. Wir haben die Sorge, dass dadurch nichts erreicht wird und zusätzliche Bürokratie aufgebaut wird, wenn alle auf dem Markt befindlichen Produkte zuerst auf ihre ökologische Eignung überprüft werden müssen. Das ist ein schwer abgrenzbarer Prozess. Deshalb setzen wir nicht auf diese Maßnahmen.

Der zweite große Schwerpunkt, über den wir im Europäischen Rat zu diskutieren haben, ist das Klimapakete, das natürlich mit der Frage, welche Rolle Europa in der Welt einnehmen möchte, aber auch mit der Frage der wirtschaftlichen Leistungskraft und der Bewältigung der Wirtschaftskrise aufs Engste verflochten ist. Als wir unter deutscher Präsidentschaft das Thema **Klimaschutz** auf die Tagesordnung gesetzt haben, da konnte niemand ahnen, in welcher Situation die Abschlussberatungen stattfinden. Wir sind sehr froh, dass wir von dem neu gewählten Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika hören, dass sich Amerika auch hierbei stärker engagieren wird. Ich will das ausdrücklich begrüßen; denn das Klimathema ist genauso wie die Weltwirtschaftskrise und die Finanzkrise ein Problem, das nur global gelöst werden kann. Europa hat heute einen Anteil an den weltweiten CO₂-Emissionen von 15 Prozent. Wenn die Vereinigten Staaten von Amerika nicht mitmachen, werden wir nicht zu einem vernünftigen internationalen Abkommen im nächsten Jahr kommen. Dann wird unser Bemühen in Europa, Vorreiter zu sein, natürlich fehlschlagen, weil wir die Nachteile haben, aber die Anstrengungen zur Erreichung der Vorteile nicht gemeinsam unternommen werden. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Auf der anderen Seite wissen wir – ein Blick zum Beispiel auf die amerikanische Automobilindustrie zeigt das natürlich –: Wer die Zeit verschläft, wer nicht rechtzeitig handelt, wer die Herausforderungen der Zukunft nicht sieht, kann sich in eine schwierige Wirtschaftskrise hineinbegieren.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: BMW! – Zuruf von der FDP: Also Steuersenkung jetzt!)

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) Deshalb ist es richtig, dass wir in Deutschland und in Europa jetzt starke Regelungen für die **Automobilindustrie** haben.

(Lachen des Abg. Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich will aber deutlich sagen: Auch hier geht es darum, dem Umweltschutz und dem Ziel der CO₂-Minderung wirklich zu dienen.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Peinlich!)

Deshalb begrüße ich den Kompromiss, den die französische Präsidentschaft mit dem – –

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch typisch USA, dieser Kompromiss!)

– Ich habe mir schon gedacht, dass Sie schreien werden, Frau Künast. Wer am liebsten gar kein Auto mehr will, kann nur böse sein, dass solch ein Kompromiss gefunden wurde.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich bitte Sie dann aber auch, keine Krokodilstränen zu vergießen, wenn deutsche Arbeitsplätze in Gefahr sind. Wir arbeiten für Arbeitsplätze *und* moderne Autos. Das muss man schon zusammenbekommen in diesem Land, wenn man vernünftige Politik machen will.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Ich sage: Die für die Automobilindustrie gefundene Lösung ist eine vernünftige Lösung. In absehbarer Zeit wird der durchschnittliche Flottenverbrauch einen CO₂-Ausstoß von 120 Gramm pro Kilometer erreichen. Das ist eine Zielmarke, die wir für vernünftig halten.

Es ist doch wirklich nicht redlich, die Automobilhersteller zum Schutz des Weltklimas zu Investitionen zu drängen, die sie letztlich wirtschaftlich nicht leisten können, und ihnen Strafen aufzuerlegen und ihnen damit einen Nachteil zu verschaffen.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Autos kauft doch gar keiner mehr!)

Ich sage ausdrücklich: Die Konsumenten müssen entscheiden, ob sie ein größeres oder ein kleineres Auto haben wollen. Wir wollen neueste Technik. Im Übrigen findet die Innovation im Automobilbau immer zuerst bei den großen Autos statt und setzt sich dann bei den kleinen durch. Auch das sollten wir nicht vergessen, wenn wir über die deutsche Automobilindustrie sprechen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer hat das denn aufgeschrieben? Wer hat das Dreiliterauto erfunden? Daimler?)

Wir stehen zu den unter der deutschen Präsidentschaft vereinbarten Zielen. „Dreimal 20“: 20 Prozent CO₂-Re-

duktion bis zum Jahr 2020 und ein Anteil der erneuerbaren Energien an der Energieversorgung von 20 Prozent. 20-20-20, das ist unsere Zielmarke. Gleichzeitig haben wir den festen Willen, bei den Verhandlungen darauf zu drängen, dass dies nicht zulasten von Arbeitsplätzen erfolgt, sondern dass dies mit dem Erhalt von Arbeitsplätzen in Deutschland einhergeht.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir von deutscher Seite haben die Kommission gedrängt, nicht einfach ein Klimapaket zu verabschieden, ohne klarzumachen, wie der **CO₂-Emissionszertifikatehandel** in der Industrie stattfinden soll. Die ursprünglichen Überlegungen der Kommission waren, das erst nach der internationalen Klimaschutzkonferenz in Dänemark im Jahr 2010 festzulegen. Die deutsche Wirtschaft hat immer wieder gesagt: Wenn ihr das tut, dann führt ihr uns in einen Investitionsattentismus, und wir werden überhaupt nicht mehr investieren, bevor diese Festlegungen nicht erfolgt sind. – Deshalb haben wir erfolgreich darauf gedrungen, dass wir dies jetzt entscheiden. Wir entscheiden es, damit wir Sicherheit für Zukunftsinvestitionen in Deutschland und in Europa haben. Ich halte das für absolut richtig.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir müssen es in diesem Zusammenhang schaffen, dass die Innovation, zum Beispiel unseres Kraftwerks-parks, gestärkt wird. Deshalb treten wir dafür ein, dass Investitionen in gewisser Weise auch bei dem Zertifikatehandel berücksichtigt werden. Außerdem müssen wir erreichen, dass unsere energieintensive Industrie, die vom Export lebt, von dem Zertifikatehandel so ausgenommen wird, dass daraus keine Nachteile auf dem Weltmarkt entstehen. Eine andere Sache wäre es, wenn wir in anderen Regionen der Welt heute schon Zertifikatehandel hätten; dann brauchten wir das nicht. Aber so wie die Sache steht, können wir uns unsere Exportchancen nicht verderben und zum Schluss zusehen, wie Chemiearbeitsplätze, Stahlarbeitsplätze und Ähnliches in Regionen der Welt abwandern, wo der Umweltschutz geringer ist als bei uns. Das wäre paradox und ist deshalb nicht gut.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Uns werden – das kann man heute schon absehen – harte Verhandlungen bevorstehen. Die Situation in der Europäischen Union ist inzwischen so, dass wir mit Abstand das industrieintensivste Land sind. 15 Prozent unserer Wertschöpfung kommen aus der klassischen Industrie, und wir wollen, dass das so bleibt. Aber wir haben zum Teil weniger Verbündete, weil andere Länder über bestimmte Industrien überhaupt nicht mehr verfügen und natürlich genau deshalb sagen: Wir haben ein Interesse daran, dass Deutschland die Wirtschaftslokomotive in Europa ist. – Das geht aber nur, wenn wir erträgliche Bedingungen haben und wenn unsere Betriebe nicht abwandern. Diese Aufgabe werden wir nächste Woche angehen müssen. Ich sage voraus: Es werden spannende,

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) harte Verhandlungen, aber immer unter der Maßgabe: Wir wollen einen Erfolg, wir wollen die Vorreiterrolle in Europa. Wir sind nämlich der Meinung, dass wir gute Technologien entwickeln. Wir wissen, dass unsere Umwelttechnik schon heute ein Exportschlager ist. Das Weltmarktvolumen von Umwelttechnologien beträgt inzwischen 1 000 Milliarden Euro. Es ist gut, wenn Deutschland daran einen wichtigen Anteil hat. Das schafft und sichert Arbeitsplätze bei uns.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es soll Ausnahmeregelungen geben für Industriezweige wie Eisen, Stahl, Grundstoffchemie, Zement – um nur einige zu nennen. Wir sind darüber mit der Kommission und auch mit der Präsidentschaft in einem intensiven Gespräch.

Wir werden bei der Innovation des Kraftwerksparks auch darüber sprechen müssen, welche Möglichkeiten der Kohlendioxidspeicherung wir haben. Deutschland selber arbeitet auch an dem Rechtsrahmen, um diese Kohlendioxidspeicherung voranzubringen.

Meine Damen und Herren, neben dem Wirtschaftsprogramm und dem Klimaprogramm geht es als drittem Beitrag um die Frage: Wie geht es mit dem **Lissabonner Vertrag** weiter? Gestern Abend war der irische Premierminister zu Besuch in Berlin. Irland arbeitet intensiv daran, einen Weg zu finden, um zu einer Ratifizierung des Vertrages zu kommen. Wir werden Irland in dieser Situation unterstützen. Ich will hier ganz klar sagen: Schweden ist auf einem guten Weg. Das tschechische Verfassungsgericht hat vor kurzem ein positives Votum zu dem Verfassungsvertrag abgegeben.

- (B)

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Das ist erfreulich!)

Ich gehe davon aus, dass die Ratifizierungsprozedur dort weitergeht. Ich glaube, dass wir es schaffen können und dass wir es schaffen werden, den Lissabon-Vertrag in Kraft zu setzen, weil er besser ist als der heutige Nizza-Vertrag. So viel steht für mich fest.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Dr. Guido Westerwelle [FDP])

Unter tschechischer EU-Präsidentschaft wird das erste Halbjahr des Jahres 2009 gestaltet. Ein wichtiger Punkt in diesem Zusammenhang wird sein, dass es wieder einen **EU-USA-Gipfel** gibt. Dieser wird Anfang April in Europa stattfinden, etwa am 60. Jahrestag der NATO-Gründung. Wir werden alles daransetzen, neben den Verhandlungen mit Russland über ein Partnerschaftsabkommen vor allen Dingen die transatlantische Achse zu stärken, in einer umfassenden Zusammenarbeit zu kräftigen – von der wirtschaftlichen Zusammenarbeit über den Umweltschutz bis hin zu den Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik. Ich glaube, dass Europa dafür gut gerüstet ist.

Insgesamt wird es ein spannender Rat nächste Woche, ein Rat mit harten Verhandlungen, in dem wir bei allem

- Bekenntnis zu den allgemeinen Zielen unsere eigenen Positionen sehr hart vortragen werden, damit in Deutschland keine Arbeitsplätze verloren gehen, sondern gesichert werden. (C)

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU – Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf der Ehrentribüne hat der **Präsident der Abgeordnetenversammlung des Königreichs Marokko, Herr Mustapha Mansouri**, mit seiner **Parlamentarierdelegation** Platz genommen. Im Namen aller Kolleginnen und Kollegen des Deutschen Bundestages begrüße ich Sie ganz herzlich.

(Beifall)

Sehr geehrter Herr Präsident, es ist uns eine große Freude, Sie und Ihre Begleitung zu einem offiziellen Besuch in Deutschland zu Gast zu haben. Der Deutsche Bundestag misst der Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Parlamenten große Bedeutung bei. Wir hatten gestern bei unseren Gesprächen schon Gelegenheit, unser gemeinsames Interesse an einer Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Ländern des Mittelmeerraums zum Ausdruck zu bringen. Das schließt auch besonders enge und freundschaftliche Beziehungen zwischen unseren Parlamenten ein. Wir wünschen Ihnen für Ihren Aufenthalt und für Ihr weiteres parlamentarisches Wirken alles Gute.

(Beifall)

(D)

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort erhält der Kollege Dr. Guido Westerwelle für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Guido Westerwelle (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Bundeskanzlerin, Sie haben in Ihrer Regierungserklärung davon gesprochen, dass Sie Deutschland als eines der führenden Länder bei der Bewältigung der **Finanz- und Wirtschaftskrise** betrachten. Das ist, wenn man sich in Europa umhört – mit Verlaub gesagt –, eine interessante Selbsttäuschung. Denn Tatsache ist, dass Sie ganz andere Noten in der Europäischen Union bekommen, als Sie sich hier selber geben.

(Beifall bei der FDP)

Ihre Politik des Abwartens wird in Italien ängstlich und versteinert genannt,

(Lachen bei der SPD)

in Frankreich mutlos und unsichtbar; und in Großbritannien nennt man das, was Sie tun, eine schwindstüchtige Reaktion auf die Finanzkrise.

Frau Bundeskanzlerin, Sie sagen, Sie wollten keinen Wettlauf um Milliarden.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Ich denke, Sie verstehen sich so gut!)

Dr. Guido Westerwelle

- (A) Es geht nicht um einen Wettlauf um Milliarden, es geht ganz einfach um die Frage: Ist es nicht klüger, jetzt in Steuersenkungen zu investieren,

(Zurufe von der SPD: Oh!)

anstatt später mit Milliardenbeträgen Arbeitslosigkeit zu finanzieren? Das ist die eigentliche Weichenstellung, vor der wir stehen.

(Beifall bei der FDP)

Das Entscheidende ist, dass Sie den Eindruck erwecken, als habe sich Deutschland mehr oder weniger mit der Rezession bereits abgefunden. Wenn Sie lediglich reagieren, dann mag das in der Großen Koalition für Sie bequemer sein. Aber es ist für unser Land schlecht. Sie wollen im nächsten Jahr über **Steuersenkungen** entscheiden. Das hat nichts mit deutschem Interesse zu tun, sondern das entspringt dem Wahlkampfinteresse der beiden Regierungsparteien.

(Beifall bei der FDP)

Sie von der Großen Koalition wollen das Thema Steuersenkungen im Wahlkampf. Aber Deutschland braucht Steuersenkungen jetzt; denn regieren heißt nicht reagieren, sondern regieren heißt, unser Land so zu lenken, dass man eine Krise, die man mit bloßen Händen greifen kann, verhindert, in jedem Fall aber abmildert. Das ist die patriotische Verantwortung, die Sie heute haben.

(Beifall bei der FDP)

- (B) Man muss ja nicht mit allem einverstanden sein, was Präsident Sarkozy oder Premierminister Brown vorschlagen; aber der deutsche Beitrag kann nicht sein, in Lethargie zu verfallen und sich gar nicht zu Wort zu melden. Das sagen übrigens der Internationale Währungsfonds, die Weltbank, die OECD, die EU-Kommission und unsere anderen Partner in Europa, und der zukünftige US-Präsident Obama wird seine Amtszeit mit einem gigantischen Maßnahmenpaket beginnen. Ihre Antwort ist es, abzuwarten und ein bisschen kosmetische Salbe zu verteilen. Mehr ist es nicht, wenn Sie es allen Ernstes als Beitrag für unsere Konjunktur ansehen, wenn beim Kauf eines Neuwagens 100 Euro von der Kfz-Steuer nachgelassen werden. Das ist keine vernünftige Politik.

Sie wissen doch auch von Ihrem eigenen Parteitag und von Ihrer Schwesterpartei, der Partei von Herrn Seehofer, dass wir Steuersenkungen in Deutschland brauchen. Sie werden hier Steuersenkungen beschließen, weil Sie dem Druck nicht dauerhaft standhalten können und weil die Krise kommen wird. Das wissen wir alle, und jeden Tag können wir das lesen. Deshalb ist es besser, jetzt zu handeln, als zu warten, bis die Katastrophe da ist. Vorsorgendes Regieren ist besser, als später hinterherzulaufen. Darum wird es auch auf dem Gipfel gehen.

(Beifall bei der FDP – Gerd Andres [SPD]:
Kassandra!)

– Sie sagen „Kassandra“. Was bei Ihnen diskutiert wird, sind **Konsumgutscheine**. Das ist das, was Sie als Beitrag zur Krise vorschlagen. Was soll das allen Ernstes bringen? Das ist nicht mehr als ein Strohhalm. Besser, als zu Weihnachten irgendwelche Konsumgutscheine

unters Volk zu bringen, wäre es, dafür zu sorgen, dass die Familien, die Bürger und die mittelständischen Unternehmer in dieser Republik durch Steuersenkungen dauerhaft entlastet werden. (C)

(Thomas Oppermann [SPD]: Sie wollen Konsumgutscheine auf Dauer!)

Das ist die Aufgabe, vor der wir jetzt stehen.

(Beifall bei der FDP)

Wir wissen, dass die anderen Länder sich nicht so verweigern, wie Sie es tun. Deutschland wartet ab. In **Großbritannien** senkt der Premierminister die Mehrwertsteuer. In **Frankreich** und **Italien** kündigt man eine Senkung der Unternehmensteuer und eine entsprechende Entlastung der Bürgerinnen und Bürger an. In **Spanien** werden die Steuern reduziert und zum Teil abgeschafft. In **Österreich** werden Freibeträge erhöht, die Steuertarife gesenkt und Familien steuerlich entlastet. Wie oft hat man, auch als Opposition, der deutschen Regierung vor einem europäischen Gipfel viel Erfolg gewünscht! Es ist meines Wissens das erste Mal, dass ich in meiner Antwort auf eine Regierungserklärung der Bundeskanzlerin aufgrund Ihrer zögerlichen Verhandlungstaktik nicht Ihnen Erfolg wünsche, sondern den restlichen europäischen Staaten. Möge sich Europa gegen Sie beim Thema Steuersenkungen durchsetzen, Frau Bundeskanzlerin! Möge es anders kommen, als Sie es sich vorstellen!

(Beifall bei der FDP)

Wenn Sie das der FDP nicht abnehmen, darf ich Sie auf das aufmerksam machen, was Ihnen unser Bundestagskollege Friedrich Merz wörtlich gesagt hat: (D)

Die Vorsitzende der CDU sollte nicht die Letzte auf der Welt sein, die zu der Einsicht gelangt, dass eine solche Krise auch im Bereich der Steuer- und Abgabenbelastung eine Korrektur erfordert.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Sie werden drei Punkte auf der Tagesordnung haben. In zwei Punkten sind wir sehr nah beieinander; das gilt insbesondere für die Fragen, die die deutsche Staatsräson angehen, was also zum Beispiel den **Lissabon-Vertrag** angeht. In der Tat ist es auch richtig, dass Sie mit Blick auf die **Automobilindustrie** deutsche Interessen vertreten. Das ist vernünftig, und das will ich hier ausdrücklich noch einmal zu Protokoll geben. Es ist richtig, dass Sie auf Abschluss setzen.

Bei dem Kernanliegen, um das es nächste Woche in Wahrheit gehen wird – dem Thema, wie wir auf die Wirtschafts- und Finanzkrise reagieren –, liegen Sie allerdings völlig falsch, Frau Bundeskanzlerin.

(Beifall bei der FDP)

Nicht die anderen täuschen sich, sondern Sie sind in Europa der Geisterfahrer. Die deutsche Bundesregierung wendet sich in Europa gegen ein mutiges und entschiedenes Handeln. Wir brauchen jetzt kein Klein-Klein, keine mutlosen Kleinstpakete; vielmehr bräuchten wir eine gestaltende Regierung, eine führende Regierung,

Dr. Guido Westerwelle

- (A) die mutig bei einer **Entlastung** der Bürgerinnen und Bürger ansetzt. Das ist aus unserer Sicht das, was in Europa jetzt getan werden müsste.

Frau Bundeskanzlerin, wir bedauern es, dass Sie sich für einen anderen Weg entschieden haben, und wir bedauern es nachdrücklich, dass Sie nur deshalb sehenden Auges zusehen, wie **Arbeitsplätze** in Deutschland verschwinden, weil Sie als Regierungspartei für den Wahlkampf im nächsten Jahr ein Thema haben wollen.

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben gesagt, einer müsste auch einmal gegen den Strom schwimmen. So haben Sie sich auf dem Parteitag erklärt. Es geht nicht darum, ob Sie gegen den Strom schwimmen, Frau Bundeskanzlerin, es geht darum, dass man nicht zusieht, wie in Deutschland die Zahl der Arbeitsplätze den Bach heruntergeht. Das wäre Ihre wirklich wichtige nationale Verantwortung – auch in Europa.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP – Gerd Andres [SPD]: Ist ja unverschämt! Unglaublich!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort hat nun die Kollegin Dr. Angelica Schwall-Düren für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Angelica Schwall-Düren (SPD):

- (B) Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! In der Krise zeigt sich, ob sich Institutionen bewähren. Die EU hat sich in der internationalen Finanzkrise bisher nicht schlecht geschlagen – so schrieb Nikolas Busse letzte Woche in der *FAZ*.

Die französische Ratspräsidentschaft hatte es in der Tat mit schwierigen Themen und mit schwierigen Problemen zu tun: Nach dem Nein Irlands kamen die Russland-Georgien-Krise und die Finanzmarktkrise mit den enormen Auswirkungen auf die Wirtschaft. Da ist es nicht von vornherein selbstverständlich, dass man zu einem gemeinsamen Handeln in der EU findet, obwohl die Gelegenheit nie günstiger als heute war, dass wir in der EU zusammenstehen, weil sogar Staaten wie Schweden, Dänemark und das Vereinigte Königreich inzwischen darüber nachdenken, ob sie der in der Krise erfolgreichen Eurozone beitreten sollten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

In der Tat ist **Abstimmung** in diesen Zeiten unabdingbar. Um die Europäische Union aus der Finanzkrise zu steuern, hat die EU erfolgreich einen Aktionsplan zur Stützung des Bankensystems aufgelegt. Die EU hat sich für den G-20-Gipfel ein gemeinsames Programm gegeben und dies dort erfolgreich durchsetzen können.

Wir sind froh, dass die Maßnahmen zur Regulierung und Beaufsichtigung des Banken- und Finanzsektors auf den Weg gebracht worden sind und nun im Europäischen Parlament beraten und hoffentlich möglichst bald abgeschlossen werden. Ich denke, es ist auch ein Erfolg für Deutschland, Herr Westerwelle, dass die Vorschläge von

- Peer Steinbrück zur Regulierung der **Ratingagenturen** von der Kommission übernommen worden sind. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich sage Ihnen: Gestern Abend hat uns der amerikanische Kongressabgeordnete Delahunt bei einer Veranstaltung gesagt, Washington und London hätten früher auf Peer Steinbrück hören sollen. Ich glaube, das ist ein Beleg dafür, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

(Beifall bei der SPD – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie hätten schon auf Hans Eichel hören sollen!)

Nun kommen wir zur Realwirtschaft. Ich freue mich sehr, dass uns Klaus Regling, der Hüter des Wachstums- und Stabilitätspakts, auch ins Stammbuch geschrieben hat, dass die EU-Staaten koordiniert handeln müssen, weil nur so die Stärkung der **Binnennachfrage** möglich ist. Ja, eine Abstimmung ist unabdingbar; denn, Herr Westerwelle, wir können weder einen Subventionswettbewerb gebrauchen – darin stimmen Sie mir sicher zu –, noch können wir einen Steuersenkungswettbewerb gebrauchen. In der Tat ist das Instrument der Steuersenkung nämlich ein unpräzises und ungerechtes Instrument, ein Instrument mit zweifelhafter Wirkung. Deswegen müssen wir dafür sorgen, dass wir diesen Weg nicht beschreiten und uns gegenseitig nicht in diese Richtung treiben lassen. Nein, wir brauchen das, was uns Frank-Walter Steinmeier im Zusammenhang mit dem Begriff der verdichteten Koordinierung auf den Weg gegeben hat und was nun auch in der Europäischen Union weitgehend übernommen wird: der **Zukunftspakt für Arbeit**. Mit dem Zukunftspakt für Arbeit wird in Ökologie und in Innovationen investiert und damit der Arbeit ein absoluter Vorrang gegeben. (D)

Ich freue mich sehr, dass wir in der Bundesrepublik im Gegensatz zu dem, was Sie versuchen uns einzureden, eine ganze Reihe von richtigen Maßnahmen auf den Weg bringen. Wenn dann, Herr Kauder, auch noch die Länder daran mitwirken, so wie die Mitgliedstaaten das auf der europäischen Ebene im Einzelnen tun müssen, dann sind Ihre Vorschläge, dass es auch bei Schulen und Krankenhäusern Investitionsbedarf gibt, selbstverständlich zu begrüßen. Aber da müssen in der Tat auch die Länder ihre Hausaufgaben machen.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen die weitere Stärkung der Investitionen im Bereich **Klimaschutz**. Es ist für mich – so muss ich sagen – ein Skandal, wenn einige CDU-Länderchefs meinen, der Klimawandel könne warten. Nein, er wartet nicht. Wir haben mit der Krise nun auch die Chance, hier notwendige Innovationen voranzubringen.

(Beifall bei der SPD)

Der Europäische Rat steht vor einer großen Herausforderung. Das Europäische Parlament drängt Präsident Sarkozy zu Recht darauf, zu einem Abschluss zu kommen, weil wir ansonsten nicht sicher sein können, während der tschechischen Ratspräsidentschaft voranzukommen. Wir müssen am Kioto-Protokoll, an den Zielsetzungen für den Klimaschutz festhalten; ansonsten sind wir Europäer auf

Dr. Angelica Schwall-Düren

- (A) der Posener Konferenz unglaublich. Die Bundeskanzlerin hat zu Recht darauf hingewiesen, dass wir die Vereinigten Staaten brauchen, wenn wir auf diesem Weg vorankommen wollen.

Das heißt ganz konkret, dass die Energieproduzenten voll in den **Zertifikatehandel** integriert werden müssen. Mir ist völlig klar, dass dies eine große Belastung für einige der neuen Mitgliedstaaten bedeutet. Wir müssen dort Kompensationen finden, zum Beispiel über Strukturfondsinstrumente, anstatt die veraltete Technologie weiter zu stützen, indem wir Ausnahmen im Zertifikatehandel zulassen.

Selbstverständlich ist es eine richtige Politik, Maßnahmen gegen **Produktionsverlagerungen** in den Bereichen der Eisen- und Stahlindustrie vorzunehmen. Aber wir können die Industrie nicht generell von vorausweisenden Maßnahmen ausnehmen.

Ich glaube, dass wir mit dem Kompromiss zur Verringerung der **CO₂-Emissionen bei den Autos** in der Tat einen guten Mittelweg gefunden haben, der Umweltpolitik und Industriepolitik miteinander verbindet. Mit diesem Beschluss wird es unausweichlich sein, dass kleinere, sparsamere und schadstoffärmere Autos auf den Markt kommen, attraktiver werden und damit eine Innovationsbasis für die Zukunft bilden.

Im Zusammenhang mit dem Stichwort Energie wird in Zukunft bei allem Bemühen um Energieeffizienz und um erneuerbare Energien auch das Thema der **Energieversorgungssicherheit** wichtig bleiben. Deshalb ist es ganz entscheidend, dass wir das Gespräch mit Russland weiterführen und die Verhandlungen über das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen wieder in Gang gesetzt werden können, damit wir einen rechtlichen Rahmen für mehr Energiesicherheit gewinnen. Ich bin sehr froh, dass wir den **Russland-Georgien-Konflikt** so handhaben können, dass wir auf der einen Seite Georgien auf seinem Weg des Wiederaufbaus und der Transformation helfen und auf der anderen Seite das Gespräch und den Dialog mit Russland fortsetzen. Hier bedeutet auch die transatlantische Partnerschaft mit Barack Obama eine neue Chance. Ich gehe davon aus, dass wir zusammen mit ihm einen guten Weg werden gehen können.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Alle Maßnahmen der Europäischen Union, liebe Kolleginnen und Kollegen, bedingen eine Erneuerung der Institutionen und ein starkes Europäisches Parlament. Nur dann werden wir unsere langfristige Vision von Stabilität und Prosperität voranbringen. Deshalb, Frau Bundeskanzlerin, hoffe ich sehr, dass in Ihren Gesprächen mit dem irischen Präsidenten deutlich gemacht werden konnte, welche große Verantwortung Irland für die Zukunft seines eigenen Landes, aber auch für die Zukunft Europas hat, damit wir im nächsten Jahr endlich den Lissabonner Vertrag in Kraft setzen können.

Herzlichen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen, und viel Erfolg für den Europäischen Rat am 11./12. Dezember!

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Dr. Lothar Bisky ist der nächste Redner für die Fraktion Die Linke. (C)

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Lothar Bisky (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Europäische Rat wird eine Fülle von Themen behandeln, die sich wechselweise durchdringen. Wir alle wissen, dass wir komplexe Antworten brauchen.

Aktuell befinden wir uns in der tiefsten finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen **Krise** seit Jahrzehnten. Diese Krise betrifft die Menschen weltweit; sie gefährdet Einkommen, soziale Sicherheit und bei den Schwächsten gar die Existenz. Die Krise entstand aus unverantwortlichem Handeln der politischen und ökonomischen Eliten.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie ist Folge des neoliberal globalisierten Kapitalismus, der ungezügelt Raffgier und von Finanzspekulationen. Kurz: Sie ist die Konsequenz aus fehlender Transparenz, zu geringer Kontrolle und mangelnder Regulierung.

(Beifall bei der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die **neoliberale Ausrichtung** der Wirtschaft wurde der EU und den europäischen Volkswirtschaften nicht von außen aufgezwungen. Sie war politisch gewollt, und sie ist durch die Einheitliche Europäische Akte und den Vertrag von Maastricht durchgesetzt worden. (D)

(Beifall bei der LINKEN)

Im Vertrag von Lissabon sollte dies noch zementiert und verschärft werden. Nicht einmal jetzt gehen Sie davon ab, da offensichtlich wird, dass dies der falsche Weg ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, wir lehnen diesen Weg ab, denn unser Nein zum Vertrag von Lissabon ist von unseren **proeuropäischen Hoffnungen** getragen. Die Linke will eine andere Politik. Sie will ein besseres Europa, das auf wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt beruht und in dessen Mittelpunkt die Bürgerinnen und Bürger stehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir Linken kämpfen für den Ausbau und die Wiederherstellung sozialer Errungenschaften. Wir wollen eine Politik der Solidarität und Zusammenarbeit, die auf Vollbeschäftigung und einen vernünftigen Umgang mit der Natur zielt.

Insofern halte ich es für richtig, dass die Bundeskanzlerin dem **Klimaschutz** in ihrer Rede einen ihm gebührenden Platz einräumt, wiewohl wir seit langem keinen Mangel an Absichtserklärungen haben, allerdings an entsprechenden Ergebnissen.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Lothar Bisky

- (A) Die **Vorschläge der EU-Kommission** und der Mitgliedstaaten zur Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise greifen zu kurz: Ein Finanzsystem, das nur mit massiven staatlichen Bürgschaften wieder flottgemacht werden kann, gehört dauerhaft unter öffentliche Kontrolle.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Konjunkturprogramme von Bundesregierung und EU-Kommission sind zu gering ausgestattet. So kann die aktuelle Krise nicht wirksam bekämpft werden. Es ist richtig, **Opel** zu helfen, aber es gilt, zu verhindern, dass das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für CO₂-Killer-Autos verwendet wird und an den Mutterkonzern General Motors fließt.

(Beifall bei der LINKEN)

Eine Schlussfolgerung wäre die Aufhebung des Verbotes von Kapitalverkehrskontrollen in der EU.

(Beifall des Abg. Dr. Diether Dehm [DIE LINKE])

Die EU-Kommission hat angekündigt, Hilfsmaßnahmen zur Rettung von Arbeitsplätzen zu erleichtern und die Regeln für staatliche Beihilfen zu lockern – wir unterstützen das –, das reicht aber nicht. Die Genehmigungspflicht bei Subventionen im Rahmen einer Konjunktur- und Strukturpolitik muss infrage gestellt werden. Überdies brauchen wir ein besseres EU-Recht zur **Auftragsvergabe**.

(Beifall bei der LINKEN)

- (B) Es ist höchste Zeit, dass die Europäische Zentralbank zu einer wirtschaftspolitischen Zielorientierung verpflichtet wird und die Daseinsvorsorge vom Deregulierungs- und Privatisierungsdruck befreit wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Dazu muss das EU-Vertragsrecht geändert werden. Hier initiativ zu werden, stünde der Bundesregierung gut zu Gesicht.

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben auf den transatlantischen Gipfel zwischen den USA und der EU hingewiesen. Wir würden es begrüßen, wenn in diesem Zusammenhang vereinbart würde, dass auf die **US-Basen** im System des geplanten Raketenabwehrschildes in Polen und der Tschechischen Republik gänzlich verzichtet wird;

(Beifall bei der LINKEN)

denn sie bringen nicht mehr Sicherheit, aber gewiss mehr Aufrüstung, und sie bergen die Gefahr einer neuen Spaltung Europas in sich.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir Linke wollen die neoliberale und auf Militärinterventionen ausgerichtete EU-Politik stoppen. Nur wenn das gelingt, wird die europäische Integration zu einem sozialen und friedenssichernden Europa führen, zu einem Europa, zu dem die Menschen Ja sagen. Nur wenn die Menschen dieses Europa bejahen, wird es auf Dauer von Bestand sein.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun die Kollegin Katherina Reiche für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Katherina Reiche (Potsdam) (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Europäische Rat am 11. und 12. Dezember hat eine außerordentlich große strategische Bedeutung. Er trifft Entscheidungen zu den Grundpfeilern des deutschen Industriestandortes: zum Automobilbau, zur Chemieindustrie, zur Stahl- und Aluminiumproduktion, zur Energiewirtschaft und zu vielen weiteren Bereichen.

Das Ergebnis des Rates wird die industriepolitischen Weichen für das nächste Jahrzehnt stellen. Dazu haben Sie, Herr Westerwelle, nichts gesagt. Das war kleinliches und parteipolitisches Gezänk. Dass Sie **Italien** als Urlaubsziel entdeckt haben, wissen wir. Dass Sie Italien nun aber auch als wirtschaftspolitischen Kronzeugen aufgerufen haben, fand ich doch etwas lächerlich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Also distanzieren Sie sich von Berlusconi!)

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bekennt sich ganz klar zu den **Klimaschutzziele**n. Wir wollen, dass Deutschland und Europa in Sachen Klimaschutz die Vorreiterrolle behalten. Wir werden unseren Beitrag dazu leisten. Über die Ausgestaltung einzelner Instrumente muss aber geredet werden.

Die EU-Kommission hat Ende 2007 eine **CO₂-Strategie für Pkw** vorgelegt. Diese musste nachgebessert werden. Brüssel hatte die Hersteller von Kleinwagen ganz klar bevorzugt. Die deutschen Automobilbauer hätten die Hauptlast getragen. Das war nicht Klimaschutzpolitik, sondern ganz klar Industriepolitik zulasten von Deutschland. Klar ist aber auch, dass die deutschen Automobilbauer mehr tun müssen, mehr in alternative Antriebstechnologien investieren müssen.

Es ist der Bundeskanzlerin zu verdanken, dass am Ende eine Lösung gefunden wurde, die ökologisch und ökonomisch vernünftig ist. Die Grenzwerte sind erreichbar, zwingen aber auch die Unternehmen zu Innovationen. Jetzt sind Erfindergeist und deutsche Ingenieurskunst gefragt; die Konzepte liegen vor.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Offensichtlich trauen Sie denen nicht viel zu!)

Die Automobilindustrie dürfte aus ihren Erfahrungen gelernt haben: Sie ließ die Zeitspanne, die ihr für die Erfüllung der freiwilligen Selbstverpflichtung zur CO₂-Minderung eingeräumt wurde, ungenutzt verstreichen.

Ich wundere mich, dass den Grünen 700 000 Arbeitsplätze in der Automobilindustrie und 5 Millionen davon

(C)

(D)

Katherina Reiche (Potsdam)

- (A) abhängende Arbeitsplätze bei den Zulieferern scheinbar egal sind. Das spricht für sich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Welcher Schwachkopf hat Ihnen das aufgeschrieben?)

Am vergangenen Wochenende haben wir eine gute Nachricht gehört. Die gute Nachricht war, dass Deutschland mit seiner Klimapolitik auf dem richtigen Weg ist. Laut Umweltbundesamt hat Deutschland bereits im Jahr 2007 seine Verpflichtungen nach dem **Kioto-Protokoll** mit einer Minderung von über 21 Prozent sogar übererfüllt. Das heißt, wir halten Wort beim Klimaschutz. Das ist ein Erfolg, auf den die Unternehmen, die Handwerker und die Verbraucher stolz sein können.

Wenn Sie heute unter dem Stichwort „Emissionshandel“ googeln, erreichen Sie allein auf deutschen Seiten ungefähr 500 000 Einträge. Das zeigt, welche Rolle der **Emissionshandel** mittlerweile spielt. Dies ist ohne Zweifel die kostengünstigste Möglichkeit, CO₂ einzusparen. Deshalb spielt er im Energie- und Klimaprogramm der Europäischen Kommission die zentrale Rolle.

- (B) Damit einher geht eine entscheidende industriepolitische Weichenstellung für die kommenden Jahrzehnte. Der Vorschlag der Kommission vom Januar stellt die deutsche Volkswirtschaft vor enorme Herausforderungen. Deutschland ist der letzte große wirklich bedeutende Industriestandort innerhalb der Europäischen Union. Ein falsch konzipierter Emissionshandel kann dazu führen, dass viele Arbeitsplätze in den **energieintensiven Industrien** verloren gehen, weil sie nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Wir wollen das nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Produktion würde in Regionen mit weniger Klimaschutz abwandern. Das schadet dem Klima, und das schadet Deutschland. Wir wollen einen gerechten Lastenausgleich innerhalb der Europäischen Union. Das liegt auch im Interesse von Mitgliedstaaten, die mit Europas größter Volkswirtschaft eng verflochten sind. Fast nirgendwo auf der Welt wird so umweltfreundlich und effizient produziert wie hier in Deutschland.

Dass Deutschland ein Land ist, das beim Klimaschutz vorangeht, das zeigen die Beispiele der Kioto-Ziele, und das zeigt auch unser Integriertes Klima- und Energieprogramm, das wir im Sommer dieses Jahres verabschiedet haben. Wir sind mit unserer **Selbstverpflichtung**, unseren CO₂-Ausstoß gegenüber dem Basisjahr 1990 um 40 Prozent zu senken, gegenüber anderen Staaten in Vorleistung gegangen. Man kann aber nicht verlangen, dass der gesamte Wirtschaftsstandort aufs Spiel gesetzt wird.

Im Gegensatz zu vielen anderen EU-Staaten haben wir an unseren Industrien festgehalten. Die Unternehmen sind aus dem schmerzhaften Anpassungsprozess an die Globalisierung gestärkt hervorgegangen. Innovationen haben sich gelohnt.

Aber nicht wenige Branchen wie die Stahlindustrie, die Karbidindustrie und Raffinerien sind bezüglich des

- CO₂-Ausstoßes am physikalischen Limit angelangt. Es geht technisch nichts mehr, und es geht physikalisch nichts mehr. Das kann man zwar herbeireden, es macht die Sache aber nicht besser. (C)

Deshalb wollen wir, dass die zahlreichen energieintensiven Unternehmen weitgehend vom Emissionshandel befreit werden. Man muss über die Details und Abgrenzungskriterien sprechen.

Nach dem Willen der Kommission soll auch der Energiesektor ab dem Jahr 2013 seine Emissionsrechte zu 100 Prozent ersteigern. Hinter diesem kurzen Satz stecken weitreichende Folgen. Wir sind ein Land mit einem hohen Kohleanteil bei der **Stromerzeugung**.

Wenn man weiß, dass wir bei den erneuerbaren Energien zwar schnell vorankommen, dass wir sehr viel schneller unsere Ziele erreichen, wenn man weiß, dass wir offensichtlich nicht nur der Kohle richtig Druck machen, sondern auch aus der Kernenergie aussteigen wollen – bestimmt nicht wir, aber viele in diesem Hause –, dann muss man ganz klar sagen, was das zur Folge hat.

Zunächst einmal hat das mehr Gasimporte zur Folge. Allein Russland, Iran und Katar verfügen über 55 Prozent der weltweiten Gasreserven. Auch die Tendenzen, eine Art Gas-OPEC zu bilden, nehmen immer konkretere Formen an. Das sind die Nachteile des relativ klimafreundlichen Energieträgers Gas.

- Die Energiewirtschaft in Deutschland hat durch die kostenlose Zuteilung von Emissionszertifikaten in den vergangenen Jahren Milliarden Gewinne eingefahren. Es ist auch unser Ziel, diese Windfall-Profits wieder abzuschöpfen. Es ist aber auch unser Ziel, dass wir alte Kraftwerke durch neue ersetzen. Es ist dringend geboten, den **Kraftwerkspark** in Deutschland zu erneuern. Kraftwerksneubauten sind dringend geboten. Also braucht es hierfür Anreize. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die EU-Kommission plant, Teile der **Erlöse aus der Zertifikateversteigerung** an andere Mitgliedstaaten zu verteilen. Auch hier muss man noch einmal ganz deutlich fragen, ob das so sein kann. Wir finden, dass die Erlöse nach Deutschland fließen müssen, und zwar zu den Verbrauchern, in Forschung und Entwicklung und in die Erfüllung der Klimaschutzziele. Auch **Klimaschutzmaßnahmen außerhalb der Europäischen Union** müssen ab 2013 weiter auf europäische Minderungsverpflichtungen anrechenbar sein. CDM und JI müssen weiter möglich sein. Den Vorschlägen der Kommission, diese Instrumente ganz stark einzuschränken, widersprechen wir. Sie führen im Umkehrschluss nämlich zu weiteren Erhöhungen von Strom- und CO₂-Preisen.

Es gibt in der Europäischen Union Mitgliedstaaten, die ihre Klimaverpflichtungen, ihre Kioto-Ziele nicht besonders ernst nehmen. Auch hier muss man Druck machen. Es kann nicht sein, dass einige wenige Länder die Vorreiterrolle einnehmen. Anderen europäischen Ländern darf hier kein Dispens erteilt werden.

Last, but not least muss, damit wir auch in Zukunft Braunkohle und Steinkohle klimaverträglich nutzen kön-

Katherina Reiche (Potsdam)

- (A) nen, sowohl europäisch als auch national die Gesetzgebung hinsichtlich CCS vorangetrieben werden. Wir wollen, dass Kohlekraftwerke mit **Speicher- und Abscheidungsmöglichkeiten von CO₂** in Deutschland zumindest erprobt werden. Wir wollen diesen Weg gern gehen. Aber dazu brauchen wir sowohl in der Europäischen Union als auch national eine klare Gesetzgebung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Frau Bundeskanzlerin, Sie stehen auf dem Europäischen Rat in der nächsten Woche wie gewohnt vor großen Herausforderungen und vor sehr schwierigen Verhandlungen. Wir haben in der Vergangenheit erlebt, dass Sie diese immer gemeistert haben. Wir wünschen Ihnen auch diesmal eine glückliche Hand und viel Erfolg.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Jürgen Trittin ist der nächste Redner für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Merkel, ich stimme Ihnen ja zu: Klimakrise, Finanzmarktkrise, Rohstoffkrise – all das wird sich nur gemeinsam mit einem handlungsfähigen Europa lösen lassen. Aber was machen Sie hier als Erstes in Ihrer Regierungserklärung? Sie beschweren sich darüber, dass Sie Probleme mit der **Notifizierung Ihres Bankensicherungskonzepts** bei der Kommission haben. Ich sage Ihnen: Diese Probleme sind hausgemacht. Sie sind nicht bei der Kommission abzuladen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Natürlich!)

Dass Sie heute vor einem Wettbewerbsproblem stehen, hat eine einfache Ursache. Sie haben in dieser Frage nicht auf **Friedrich Merz** gehört. Er hat Ihnen auf dem Parteitag gesagt: Es geht nicht, dass sich die Banken selber aussuchen, wer unter den Schutzschirm geht. Hier bedarf es – ich zitiere Friedrich Merz – des gesetzlichen Zwanges. Genau das wäre richtig gewesen. Weil Sie das falsch gemacht haben, haben Sie jetzt Probleme in der Europäischen Union.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie werden sich wundern, dass ich Herrn Merz zitiere. Er hat natürlich nur in dem einen Fall recht. Selbstverständlich haben er und auch Sie, lieber Herr Westerwelle, unrecht, wenn Sie sagen, dass man in dieser Situation etwas durch **Steuersenkungen** erreichen könnte. Was würde denn passieren, wenn man die Einkommensteuer jetzt senken würde? Sie würden sich doch nicht noch eine schwarz-gelbe Krawatte kaufen; und selbst wenn doch, würde uns das nicht aus der Wirtschaftskrise herausführen, Herr Westerwelle.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Aber schön ist sie!)

(C)

– Schön ist sie. – Das würde uns aber wirtschaftspolitisch nicht weiterhelfen. Sie würden von dem zusätzlichen Geld wahrscheinlich Pfandbriefe kaufen bzw. es entsprechend anlegen.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Richtig!)

Was hieße das? Die Sparquote würde weiter nach oben gehen. Das wäre konjunkturpolitisch kontraproduktiv und sozial ungerecht. Deswegen ist es falsch, Steuersenkungen zu fordern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Aber es lohnt, sich gelegentlich anzusehen, was die Kommission in ihrem Paket gefordert hat. Sie hat nicht allgemeine Steuersenkungen gefordert, sondern sie hat erhöhte Transferzahlungen an Arbeitslose und Haushalte mit niedrigen Einkommen gefordert. Sie hat **niedrigere Sozialabgaben** gefordert. Frau Bundeskanzlerin, ich frage Sie: Wo bleibt denn die angemessene Erhöhung des Arbeitslosengeldes II? Das wäre vernünftig und sozial gerecht; übrigens auch aus europäischer Perspektive.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

- (B) Wie steht es um die **Einführung eines Mindestlohns** wie in Großbritannien, in den Niederlanden und in Frankreich? Stattdessen können wir heute Morgen in den Zeitungen lesen, dass die Zahl der Aufstocker in Deutschland um rund 40 Prozent gestiegen ist. Das ist ein Skandal. Das zeigt, dass Sie immer noch nicht begriffen haben, was man in einer Abschwungphase wirtschaftspolitisch tun muss: Man muss die Kaufkraft derjenigen stärken, die wenig haben, und darf nicht einfach nur abwarten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Ein anderes Gegenbeispiel zu der Forderung nach Steuersenkungen: Fast ein Drittel der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Lande zahlt keine oder kaum Einkommensteuer, aber es werden ab dem ersten Euro, der für ihre Beschäftigung ausgegeben wird, 40 Cent **Sozialversicherungsbeiträge** fällig. Das schmälert das Netto vom Brutto, lieber Herr Westerwelle, und zwar in einem Ausmaß, wie Sie es sich bei der von Ihnen beklagten sogenannten kalten Progression überhaupt nicht vorstellen können. Deswegen sage ich: Es ist höchste Zeit, im Interesse der Bezieher kleiner Einkommen eine Progression bei den Sozialversicherungsbeiträgen einzuführen und endlich dafür zu sorgen, dass diese Menschen mehr Netto vom Brutto behalten können. Das würde in dieser wirtschaftlich schwierigen Situation helfen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jürgen Trittin

- (A) Was wir in der gegenwärtigen Situation einer sich abzeichnenden Rezession brauchen, sind massive Investitionen in soziale Gerechtigkeit und ökologische Erneuerung; wir nennen das einen „**Green New Deal**“.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Was heißt das denn auf Deutsch? – Zurufe von der SPD)

Dazu sagt Frau Merkel: Selbstverständlich

(Zurufe von der CDU/CSU)

– seien Sie doch ruhig, wenn ich die Kanzlerin zitiere; das sollte Sie eigentlich freuen –, wir stehen zu unseren Klimaschutzzielen. Sehen wir uns einmal an, was in letzter Zeit passiert ist: Aus der Vorreiterrolle beim **Klimaschutz**, die Deutschland unter Klaus Töpfer innehatte, ist heute eine Bremsenrolle geworden.

(Katherina Reiche [Potsdam] [CDU/CSU]: So ein Quatsch! – Hans-Michael Goldmann [FDP]: Wie bitte?)

Im Jahre 1998 haben Sie, Frau Merkel, als Bundesumweltministerin mit Herrn Piëch eine Vereinbarung getroffen. Diese Vereinbarung lautete: Die deutsche Autoindustrie sorgt dafür, dass die Fahrzeuge bis zum Jahre 2008 im Durchschnitt nur noch 140 Gramm CO₂ pro Kilometer ausstoßen. Im Jahre 2008 hat die deutsche Autoindustrie einen durchschnittlichen CO₂-Ausstoß von 170 Gramm pro Kilometer erreicht. Der europäische Durchschnitt hingegen liegt bei 160 Gramm CO₂-Ausstoß pro Kilometer.

- (B) In Anbetracht dessen hat die Kommission gesagt: Das Versprechen, diese Werte bis 2008 zu erreichen, das man Frau Merkel gegeben hat, wurde nicht eingehalten. Wenn die Autoindustrie auch das Versprechen bezüglich der Werte, die sie bis 2012 erreichen will, das Sie Frau Merkel nun gegeben hat, nicht einhält, dann müssen Sanktionen verhängt werden. Wie dankt Frau Merkel der Kommission, dass sie sich dafür einsetzt, dass ihre Worte ernst genommen werden? Sie tut alles, um genau dies zu verhindern.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Richtig!)

Sie hat alles getan, um die **Selbstverpflichtung der Automobilindustrie** an dieser Stelle zu unterlaufen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Diether Dehm [DIE LINKE])

Ich habe mir einmal angesehen, was bei den Verhandlungen über das Maßnahmenpaket herausgekommen ist. Ich greife jetzt bewusst nicht auf die Zahlen von Greenpeace zurück, sondern, liebe Frau Reiche, auf die Zahlen der holländischen Regierung; dort regiert eine ähnliche Koalition wie hier. Die holländische Regierung hat ausgerechnet, was das Maßnahmenpaket, das in der Nacht auf Montag verabschiedet worden ist, in Wirklichkeit bringt. Die Maßnahmen dieses Pakets bedeuten zusammengefasst, dass sich die Autoindustrie bis 2012 einen CO₂-Ausstoß von 160 Gramm pro Kilometer erlauben darf, ohne dass eine Sanktion erfolgt. Verfolgt man den vereinbarten Pfad weiter, so landet man erst im Jahre 2015 bei einem CO₂-Ausstoß von 140 Gramm pro

Kilometer. Liebe Frau Reiche, das ist genau der Wert, den die Autoindustrie schon im Jahre 2008 zu erreichen versprochen hatte. Das ist kein Klimaschutz. Das ist schlicht und ergreifend ein Skandal. Das ist auch kein Kompromiss. Das, was Sie hier vereinbart haben, ist ein Kotau. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich setze meine Aufzählung fort. Schauen wir uns an, was beim **Emissionshandel** geschieht. Liebe Frau Merkel, ich will gerne konzedieren, dass Sie nicht ganz so kurzichtig sind wie Herr Rüttgers aus Nordrhein-Westfalen, der ja glaubt, es sei eine Konjunkturmaßnahme, Kohlekraftwerke zu bauen. Dazu kann ich nur sagen: Auch in Nordrhein-Westfalen braucht man vom Bauantrag bis zur Realisierung fünf Jahre. Das, was Herr Rüttgers vorschlägt, bedeutet also mit anderen Worten: In fünf Jahren kümmern wir uns dann um die Rezession.

Sind Sie aber wirklich so viel klüger als Herr Rüttgers? Schauen wir uns einmal die Position Deutschlands im Hinblick auf den Emissionshandel an. Sie wollen, dass 90 Prozent der Industrie außerhalb der Stromerzeugung von der Versteigerung der Emissionszertifikate ausgenommen werden. Das ist unklug, weil nur die Bereiche getroffen werden, die keinem internationalen Wettbewerb ausgesetzt sind. Es ist aber auch unklug, weil Sie damit ausschließlich die Rohstoffintensität zum Maßstab machen und nicht mehr die Wettbewerbsfähigkeit. Im Ergebnis heißt das nämlich, dass Sie kein Geld zur Verfügung haben werden, mit dem Sie wirklich helfen könnten, wettbewerbsverzerrende Zusatzkosten für bestimmte Industriezweige aufzufangen. (D)

Was heißt das zusätzlich? Wenn Sie tatsächlich die gesamte Industrie in Europa außerhalb der Stromerzeugung vom Emissionshandelssystem samt Versteigerung ausnehmen, dann ist das ein Anschlag auf den internationalen Klimaschutz. Ich will Ihnen auch gerne erläutern, warum.

In den USA wird gerade darüber debattiert, ob man dort ein Emissionshandelssystem einführt. Was werden denn die amerikanischen Lobbyisten sagen, wenn sie sehen, dass in Europa die gesamte Industrie in Sachen Klimaschutz nichts tun muss?

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Richtig!)

Sie werden sagen: Dann unsere Industrie auch nicht!

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Jetzt komme ich aber zum nächsten Schritt. Wir alle wissen, dass es ein Klimaabkommen nur zusammen mit den USA, mit Indien und China geben wird. Was glauben Sie denn, wie gut Ihre Verhandlungsposition ist, liebe Frau Merkel, wenn Sie Indien und China erklären wollen, diese brauchten sektorale Ziele für ihre Stahlindustrie, aber die eigene Stahlindustrie werde vom Klimaschutz komplett ausgenommen? Das wird nicht funktionieren. Deswegen haben Sie hier gerade einen Anschlag auf den internationalen Klimaschutz vor. Das ist kein Schritt nach vorne.

Jürgen Trittin

(A) (Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Zuruf: So ein Schwachsinn!)

– Wo ich gerade das Wort „Schwachsinn“ aus dem Publikum höre, will ich das gerne aufnehmen.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Nein, das waren wir nicht!)

– Ich habe Sie nicht gemeint, Herr Westerwelle.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Aber Sie haben auf mich gezeigt!)

– Das war weiter hinten. Entschuldigen Sie, ich weiß, dass Sie ein Mensch gepflegter Umgangsformen sind.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Das war auch nicht aus dem Publikum, sondern aus dem Plenum!)

– Gut, dann war es aus dem Plenum, lieber Herr Kauder. Damit komme ich zu den Baden-Württembergern. Frau Merkel, Sie haben von Herrn Oettinger auf dem CDU-Parteitag einen Fischertechnik-Baukasten bekommen, mit dem man mithilfe von Windrädern, Biomasse und Fotovoltaik Energie erzeugen kann. Das zeigt in ganz zugespitzter Form die energiepolitische Kompetenz der Union. Ich stelle mir diese so vor: Da sitzt spätabends der Günther Oettinger im Lichte der Grundlast von Neckarwestheim

(Heiterkeit des Abg. Dr. Diether Dehm [DIE LINKE])

(B) und bastelt ein Modellwindrad, während er tagsüber alle **Windparks in Baden-Württemberg** mit bürokratischen Auflagen verhindert und nichts anderes zu tun hat, als von morgens bis abends eine **Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke** zur Vermehrung des Atommülls zu fordern. Das ist kein Klimaschutz. Das ist keine Bewahrung der Schöpfung. Das ist einfach Bigotterie.

(Lebhafter Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Wenn Sie in dieser schwierigen Situation etwas machen wollen, dann müssen Sie investieren. Ich frage Sie: Wo bleibt eigentlich der **3-Milliarden-Euro-Effizienzfonds** für unsere Industrien, damit sie tatsächlich wettbewerbsfähiger werden? Wo bleibt die 1 Milliarde Euro zusätzlich – ich betone: zusätzlich – für die **Gebäude-sanierung**? Das hilft nicht nur den Handwerkern. Das hilft auch und gerade BASF, die jetzt 20 Produktionsstandorte stilllegen müssen; denn sie profitieren von einem solchen Programm. Wo bleiben die 750 Millionen Euro für neue **Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen**, die uns tatsächlich von den von Ihnen angesprochenen Gasimporten, liebe Frau Reiche, unabhängiger machen und gerade auch dem Mittelstand an dieser Stelle Beschäftigung bringen würden?

An all diesen Punkten tun Sie nichts. Sie verweigern sich vernünftigen Investitionen in diesem Bereich. Stattdessen schmeißen Sie dem Porschefahrer 500 Euro Kfz-Steuern hinterher. Nein, Frau Merkel, Sie schwimmen in

dieser Frage nicht gegen den Strom. Schlimmer: Sie haben sich darauf beschränkt, sich auf den Beifahrersitz von Herrn Wiedeking zu setzen. (C)

(Widerspruch bei der CDU/CSU)

Das ist keine Klimapolitik. Das ist auch keine Wettbewerbspolitik. Das ist in einer solchen Krise schlicht und ergreifend unverantwortlich.

(Anhaltender Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist der Kollege Axel Schäfer für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Axel Schäfer (Bochum) (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in der bisherigen Debatte überwiegend gehört, was an wichtigen Sachthemen ansteht. Wir müssen hier aber auch über das reden, was institutionell ansteht, damit die Europäische Union überhaupt in der Lage ist, diese Sachfragen auch im 21. Jahrhundert zu lösen. Deshalb, liebe Frau Bundeskanzlerin, lieber Herr Bundesaußenminister,

(Zuruf von der FDP: Der Außenminister ist nicht da!)

bitte ich Sie, bei dem Gipfel einfach Fragen zu stellen. (D) Fragen Sie Ihre Kolleginnen und Kollegen:

Haben wir uns vor zehn Jahren gemeinsam auf den Weg gemacht, diese Europäische Union für das 21. Jahrhundert handlungsfähig zu machen?

Haben wir einen Konvent ins Leben gerufen, auf dem wir eine öffentliche Debatte, getragen von den Parlamentariern, verbunden mit Lösungen, in Gang gesetzt haben, die wichtige Ergebnisse gezeigt hat?

Haben die Organisationen der Zivilgesellschaft insgesamt 1 200 Vorschläge für das künftige gemeinsame Europa gemacht?

Haben wir in der deutschen Ratspräsidentschaft eine Erklärung abgegeben, die lautet: „Wir werden diesen Weg gemeinsam beibehalten, um zu Lösungen zu kommen“?

Hat in vier Referenden innerhalb der Europäischen Union die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger für eine entsprechende Verfasstheit und nur die Minderheit gegen eine solche Verfasstheit gestimmt?

Haben wir mittlerweile in insgesamt 54 Regierungsentscheidungen und insgesamt 84 Ratifizierungen in Parlamenten ein Ja für diesen neuen Vertrag bekommen?

Haben die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Mehrheit, und zwar in allen 27 Mitgliedstaaten ebenso wie in den Staaten, die beitreten wollen, eine positive Erwartung an die Europäische Union?

Axel Schäfer (Bochum)

- (A) Haben wir jetzt zum ersten Mal die Chance, dass die Bürgerinnen und Bürger auch im Rahmen von direkter Demokratie in Europa mitentscheiden können? Auf diese Fragen, liebe Frau Bundeskanzlerin, müssen wir und müssen auch Ihre Kolleginnen und Kollegen jedes Mal mit Ja antworten: Ja, wir haben uns dazu verpflichtet. „Verpflichtung“ heißt, dass wir daraus auch die Konsequenzen ziehen müssen; denn **Glaubwürdigkeit** macht ja aus, dass, nachdem man etwas vereinbart hat, jeder in seiner Verantwortung und jeder in seinem Land auch so handelt. Darum wird es bei diesem Gipfel gehen.

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Wann kommt das heute?)

Wenn diese Frage am 11. und 12. Dezember ansteht, dann müssen wir auch ein Stückchen die K-Fragen beantworten, die da lauten: Werden die Präsidenten, die die Verträge inklusive der Verfassung selbst mit ausgearbeitet haben, zu ihrer **Verpflichtung** stehen – dabei geht es nicht nur um Politik; das ist auch eine Frage von Moral und Anstand – und, nachdem die parlamentarische Ratifizierung gelungen ist, in ihrem Land alles tun, um diesen Prozess auch abzuschließen? Ich nenne hier bewusst die Herren **Klaus und Kaczynski**. Das Verhalten, das sie angekündigt haben, ist sowohl aus europäischer Sicht wie aus der Sicht der Parlamentarier in ihren Staaten, in Tschechien und in Polen, nicht akzeptabel, und das sollten wir hier auch deutlich benennen.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- (B) Ich sage weiter, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir als Parlamentarier haben kein Anrecht darauf, uns dazu zu äußern, was das **Bundesverfassungsgericht** entscheiden möge; aber wir als Verfassungsorgan haben einen Anspruch darauf, dass das Bundesverfassungsgericht entscheidet. Ich sage sehr vorsichtig, bei allem notwendigen Respekt vor Karlsruhe: Wir erwarten, dass es zu einer Entscheidung über die Klagen kommt, dass wir als Bundestag bald die Möglichkeit haben, uns zu äußern. Es kann nicht sein, dass wir in eine Spielsituation wie bei Maastricht kommen: Auf der einen Seite sagt man, wie in Tschechien und in Polen: „Wir warten ab, bis die Ratifizierung abgeschlossen ist“, und auf der anderen Seite sagt man: „Wieso sollen wir in Karlsruhe verhandeln, bevor es nicht in allen Staaten zu einem Ja gekommen ist“? In diese Situation dürfen wir in Deutschland nicht geraten.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Weil es um die **Verantwortung** jedes einzelnen Landes, damit auch jeder Politikerin und jedes Politikers geht, sage ich ferner: Verantwortung muss wahrgenommen werden.

Das heißt auch für Irland: Mut statt Kleinmut.

Wir haben zu Recht erwartet, dass die Staats- und Regierungschefs von Ländern, die sich der Europäischen Union nähern wollen – ich nenne das Beispiel Serbien – und von denen wir, damit sie europafähig werden, fordern, dass sie sich verändern und demokra-

tisieren, ihren Kopf auf den Richtblock legen mit der Botschaft: Stimmt für Europa, oder wir als politisch Verantwortliche scheitern! Das ist eine verdammt ernste Sache. Für dieses Europa ist ein wundervoller Regierungschef – Herr Djindjic – gestorben, weil die Nationalisten das so nicht wollten. Jetzt gibt es einen ebenso wunderbaren Staatschef, der sein Amt damit verbunden hat, dass es weiter in Richtung Stabilitäts- und Assoziationspakt geht.

Wir sollten deshalb die **irische Regierung** bitten, dass auch dort bei der anstehenden Entscheidung klargestellt wird, dass es nicht mehr bloß um die Frage Ja oder Nein oder um die eigenen nationalen Interessen geht. Diese müssen natürlich gewahrt bleiben, und so wäre es gut, wenn es dort zu einer Erklärung kommt, die bei den Themen Verteidigungsbündnis, Abtreibung und Steuererhöhung Klarheit schafft. Das alles ist in Ordnung, was Europa angeht. Aber letztendlich geht es dort um folgende Frage: Können wir Iren uns so, wie wir es zugesagt haben und wie es auch die Mehrheit unserer Parlamentarier gewollt hat, an diesem gemeinsamen Europa des 21. Jahrhunderts beteiligen, oder lassen wir dieses gemeinsame Europa des 21. Jahrhunderts scheitern? Ich sage deshalb in vollem Respekt vor der nationalen Souveränität: Die Entscheidung, die mit dem Referendum 2009 in Irland ansteht, muss eine Entscheidung mit Konsequenzen sein.

In Anlehnung an das, was der britische Premier Harold Wilson in einer vergleichbaren dramatischen Situation für sein Land und seine gesplante eigene Partei gemacht hat, bitte ich deshalb den irischen Präsidenten sehr eindringlich: Lassen Sie darüber abstimmen, ob der Lissabon-Vertrag mit dem ratifiziert werden soll, was noch an zusätzlichen Erklärungen nötig ist, aber verweisen Sie zugleich auch auf die Konsequenz zu einem Nein zu Lissabon, nämlich **Austritt aus der Europäischen Union**. Es gibt zu der Fragestellung und den Konsequenzen keine Alternative mehr.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Würde diese Konsequenz nicht einbezogen, hieße das, 142 parlamentarische Entscheidungen in 27 Mitgliedstaaten würden durch ein einziges Votum zunichte gemacht. Alle Debatten, die gesamte Arbeit, alle gemeinsamen Anstrengungen von zehn Jahren wären für die Katz. Das können wir uns nicht erlauben. Die Geschichte wartet nicht.

Wir brauchen ein handlungsfähiges Europa für das 21. Jahrhundert. Deshalb brauchen wir einen gemeinsamen Erfolg auf dem Gipfel, und wir brauchen auch einen Erfolg bei dem Referendum in Irland.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Für die FDP-Fraktion hat nun das Wort der Kollege Dr. Daniel Volk.

(Beifall bei der FDP)

(A) **Dr. Daniel Volk** (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Europas Wirtschaft gerät zunehmend in Turbulenzen. Unser Haus Europa ist selbst ein Opfer der Finanzkrise geworden. Aber es gibt auch Hoffnung und Zuversicht der Europäer in der Krise.

Zum einen hat die **Europäische Zentralbank** in einem kritischen Moment verantwortungsvoll gehandelt. Sie hat Augenmaß und Besonnenheit gezeigt und die Zinsen im richtigen Moment gesenkt. Der Euro hat sich in der Krise als Stabilitätsanker bewährt. Ohne die gemeinsame europäische Währung hätte die Finanzkrise schnell zu einer Währungskrise werden können. Kein EU-Mitgliedstaat wäre in der Lage, die Krise alleine wirksam zu meistern.

(Beifall bei der FDP)

Die Europäische Union hat in der Krise erheblich an Popularität gewonnen. Selbst in Irland. Nutzen wir diese Chance, um endlich den dringend benötigten **Lissabon-Vertrag** umzusetzen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Zum anderen hat die **Europäische Kommission** zur Bewältigung der Krise einen Werkzeugkasten zusammengestellt. Es ist ein Mix aus koordinierten nationalen und europäischen Maßnahmen, die kurzfristig Arbeitsplätze und Wettbewerbsfähigkeit sichern sollen. Die Kommission – sonst zu Recht Befürworterin niedriger Staatsdefizite – plädiert für **Steuersenkungen**, um den Konsum zu stützen. Bei einer Steuerentlastung mag es um riesige Summen gehen. Doch eine tiefe Rezession wäre für den Staat wesentlich teurer: Wenn das Wirtschaftswachstum einbricht, sinken die Steuereinnahmen überproportional.

(Beifall bei der FDP)

Was aber macht die Bundesregierung? In einem mutigen Schritt veranlasst sie, dass die Steuervorschläge von der Tagesordnung des Europäischen Rates genommen werden.

(Zuruf von der FDP: Pfui!)

„Madame No“ nannte der *Spiegel* diese Woche Sie, Frau Bundeskanzlerin, und traf damit den Nagel auf den Kopf; denn seit vorgestern darf über Steuersenkungen nicht einmal mehr diskutiert werden!

Da Weihnachten näher rückt, darf auch ich einmal einen Wunsch äußern. Ich wünsche mir, dass Sie tatsächlich auf ein **ordnungspolitisches Gewissen** in Ihrer Partei hören. Keinesfalls darf die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank angetastet werden. Hände weg von Protektionismus, von Abschottungspolitik oder Subventionswettbewerb zwischen den EU-Staaten.

(Beifall bei der FDP)

Am Stabilitätspakt und an den Maastricht-Kriterien muss festgehalten werden. Hören Sie auch auf ein ordnungspolitisches Gewissen, das Ihnen ein rettendes Kon-

junkturpaket zimmert. Bei aller Kontroverse – fangen Sie damit bitte sofort an! Denn in erster Linie muss ein Konunkturpaket schnell wirken. Deshalb ist es höchst gefährlich, was diese Bundesregierung gerade macht. Sie reden davon, dass frühestens in einem Jahr eine **große Steuerreform** mit echten Entlastungen für Bürger und Unternehmen möglich sei. Es ist verantwortungslos, die rettende Medizin erst dann zu geben, wenn der Patient schon ins Koma gefallen ist.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kollegen von den Steuererhöhungsparteien:

(Widerspruch bei der SPD)

Kehren Sie jetzt um zur wirtschaftspolitischen Vernunft! Senken Sie jetzt die Steuern!

(Beifall bei der FDP)

Es gibt noch zwei weitere elementare Punkte, die ein **gutes Konunkturpaket** auszeichnen: Es muss zielgerichtet und groß genug sein, um zu wirken. Ihre Antwort auf diese ökonomische Tatsache ist der 15-Pünktchen-Plan, ein Sammelsurium aus kleinen Geldgaben, die sich kaum zu einem spürbaren Impuls addieren werden. Bei vielen Einzelpunkten ist zudem nicht einmal abzusehen, ob sie überhaupt Wirkung zeigen. Hier ein bisschen Rabatt beim Autokauf, da minimal verbesserte Abschreibebedingungen, ein bisschen berufs begleitende Weiterbildung und auch noch etwas für das Klima.

(Dr. Angelica Schwall-Düren [SPD]: Und was ist mit den Steuern?)

Ich sage Ihnen: Dieses Kleckerprogramm wird weder das Wachstum anregen noch Arbeitsplätze retten und schon gar nicht die große Krise verhindern.

(Beifall bei der FDP)

Den Unternehmen fehlen bereits jetzt die Aufträge. Deshalb wollen die Menschen in diesem Land, dass Sie jetzt nicht schweigen oder sie in die Zukunft vertrösten, sondern dass Sie beherzt handeln.

(Beifall bei der FDP)

Wenn diese Bundesregierung die Frage, ob sie der Krise gewachsen ist, eindeutig beantworten will, dann muss sie jetzt handeln. Frau Bundeskanzlerin, beenden Sie Ihr Schweigen und beantworten Sie die Frage, wie Deutschland als führende Exportnation eine führende Rolle bei der internationalen Krisenbekämpfung spielen wird. Nur eine ordentliche Koordinierung und Abstimmung der nationalen Anstrengungen zwischen den EU-Partnern kann der richtige Ansatz zur Bewältigung der Krise sein.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Volk, ich gratuliere Ihnen zu Ihrer ersten Rede im Deutschen Bundestag, verbunden mit allen guten Wünschen für die weitere parlamentarische Arbeit.

(Beifall)

Präsident Dr. Norbert Lammert

- (A) Wenn es Ihnen auch in Zukunft gelingen sollte, Ihre Redezeit so punktgenau wie heute auszufüllen, werden Sie schnell zu einem der seltenen Lieblinge der amtierenden Präsidenten werden.

(Heiterkeit im ganzen Hause – Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Wir sind bereits ein Talentschuppen!)

Nun hat das Wort der Kollege Thomas Silberhorn für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Thomas Silberhorn (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind uns darin einig, dass wir zügig reagieren müssen, um langfristigen volkswirtschaftlichen Schaden durch die Finanzmarktkrise abzuwenden. Wir sind uns sicherlich auch darin einig, dass wir innerhalb der Europäischen Union koordiniert vorgehen müssen. Aber nicht nur Geschwindigkeit, sondern auch Sorgfalt ist gefragt. Ich kann mich erinnern, dass sich vor nicht allzu langer Zeit ganze Fraktionsvorstände in unserem Haus mit nur einstelligen Millionenbeträgen auseinandergesetzt haben. Nun schmeißen wir seit einigen Wochen mit dreistelligen Milliardenbeträgen nur so um uns. Wir haben uns als Politiker insoweit gewaltig „verbessert“. Deswegen meine ich, dass nun sehr sorgfältig abgewogen werden muss, wie wir vorgehen wollen. Ich rate dazu, nicht gewissen Versuchungen der Camouflage durch die Europäische Kommission zu erliegen.

- (B) Das **EU-Konjunkturpaket** wird nicht von der Europäischen Union, sondern zu Recht in erster Linie von den **Mitgliedstaaten** getragen. Von den im Paket vorgesehenen 200 Milliarden Euro sollen 170 Milliarden Euro durch die Mitgliedstaaten aufgebracht werden. Es ist wichtig, zu betonen, dass es nicht auf den Umfang, sondern auf die Wirksamkeit der Maßnahmen, die nun durchgeführt werden sollen, entscheidend ankommt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es ist notwendig, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union die Hauptlast dieses Pakets schultern und die Freiheit haben, nach ihren eigenen Vorstellungen vorzugehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Denn auch hier geht es um das Prinzip der Subsidiarität. Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise sind in den einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Union höchst unterschiedlich. Deswegen müssen auch die Instrumente unterschiedlich sein, mit denen die einzelnen Mitgliedstaaten auf diese Krise reagieren. Das ist der erste Punkt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Der zweite Punkt betreffend die Camouflage der Kommission: Wir sollten uns allen Versuchen widersetzen, nun europäische Vorgaben dafür zu machen, wie viel Geld für welche Projekte eingesetzt werden soll. Wir brauchen keine **Wirtschaftsregierung der Europäischen Union** durch die Hintertür, auch wenn manche unserer Partner in der Europäischen Union, insbesondere

die Franzosen, sie gerne möchten. Im Gegenteil: Es ist notwendig, dass wir uns den gesunden Wettbewerb erhalten. Nur dann können die Mitgliedstaaten ganz unterschiedlich reagieren. Es mag sein, dass Maßnahmen, die in Deutschland weniger wirksam wären, in Frankreich eine ganz andere Wirksamkeit entfalten, oder umgekehrt. Den gesunden Wettstreit um Instrumente und Ideen sollten wir uns erhalten.

Der dritte Punkt zum Vorgehen der Kommission: Ich betrachte mit Sorge, dass die Kommission versucht, unter dem Deckmantel des Konjunkturpakets die geltende **Finanzielle Vorausschau** erneut aufzubrechen. Wir brauchen keine Zweckentfremdung der EU-Mittel, keine EU-Steuern und keine Aufweichung des Verbots, Kredite in der Europäischen Union aufzunehmen. Wir sollten an dem bewährten Finanzsystem festhalten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Kommission ist erst vor kurzem – ich meine: zu Recht – damit gescheitert, ungenutzte Mittel aus dem Agrarhaushalt für Nahrungsmittelhilfen umzuwidmen. Sie hat erneut vorgeschlagen, nicht abgerufene Mittel in den Jahren 2009 und 2010 – das sind insgesamt 5 Milliarden Euro – für zusätzliche Investitionen aufzuwenden. Es wäre richtig, daran festzuhalten, was wir bei dem Navigationssystem Galileo beschlossen haben, nämlich nicht erneut die Finanzielle Vorausschau zu ändern. Dabei soll es bleiben. Ich sehe mit Interesse, Herr Bundesfinanzminister, dass sich der Ecofin-Rat offenbar darauf verständigt hat. Ich hoffe, dass auch der Europäische Rat diese Linie weiterverfolgen wird. Die Kommission sollte sich jedenfalls in dieser Krise nicht zum Trittbrettfahrer machen und einen eigenen Vorteil suchen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich begrüße, dass die Kommission Vorschläge aus der hochrangigen Gruppe zum **Bürokratieabbau** unter Leitung von Edmund Stoiber aufgreift. Das sind Maßnahmen, die Wirksamkeit entfalten können, ohne viel Geld zu kosten, ohne dass es notwendig wäre, Finanzmittel aufzustocken oder umzuschichten. Nun ist die Zeit, im Rahmen des Konjunkturpakets die konkreten Maßnahmen anzugehen, die diese hochrangige Gruppe vorgeschlagen hat. Die Kommission muss jetzt konkret werden, um das Ziel, bis 2012 die bürokratischen Verwaltungslasten um 25 Prozent zu verringern, zu erreichen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir müssen sehr darauf achten, dass die aktuelle Finanzmarktkrise nicht zum Vorwand genommen wird, um bewährte Grundsätze unserer europäischen Politik über Bord zu werfen. Die Sicherung der Währungsstabilität bleibt ein wichtiges Anliegen. Wir können doch jetzt nicht aus kurzfristigem Interesse den **Stabilitäts- und Wachstumspakt** so aufschneiden, dass die langfristige Wirksamkeit der Schuldenregeln infrage gestellt wird. Wir dürfen diesen Stabilitätspakt nicht aushöhlen, und wir dürfen die Stabilität des Euro nicht gefährden; denn die Stabilität der Währung ist der Schutz des kleinen Mannes in der Krise. Daran müssen wir festhalten.

Thomas Silberhorn

- (A) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich freue mich, dass in dieser Diskussion mehrfach vor einem **Subventionswettbewerb** gewarnt worden ist. Ich glaube, auch das ist wichtig. Es ist Aufgabe der Kommission, den Wettbewerb im Binnenmarkt sicherzustellen. Dieser Aufgabe muss die Kommission als Hüterin der Verträge gerecht werden. Sie darf keinem Wettbewerb der Subventionen Vorschub leisten.

Zum **Klima- und Umweltpaket** ist heute schon viel gesagt worden. Ich teile die Einschätzung, dass wir zu einer gerechten Lastenverteilung kommen müssen und nicht knallharte wirtschaftliche Interessen unter dem Vorwand des Klimaschutzes durchgehen lassen dürfen. Was den **Emissionshandel** angeht, so macht es keinen Sinn, dass wir energieintensive Branchen bei uns wettbewerbsunfähig machen. Das schützt keine Arbeitsplätze, und das schützt vor allem auch nicht das Klima, sondern das dient den nationalen Interessen einiger weniger. Deswegen ist es notwendig, dass dieser Emissionshandel so gestaltet wird, dass wir nicht zu einer Vollauktionierung kommen, sondern dass wir ein Phasing-in machen, insbesondere für die deutsche Energiewirtschaft.

(Beifall bei der CDU/CSU – Frank Schwabe [SPD]: Aha!)

- (B) Ich möchte im Zusammenhang mit dem Emissionshandel darauf hinweisen, dass die Kommission den Versuch unternimmt, sich eine eigene Einnahmequelle aus den Erträgen des Emissionszertifikatehandels zu erschließen, die keinerlei parlamentarischer Kontrolle unterliegt, auch nicht einer Kontrolle durch unsere Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Parlament. Es wäre vorzuziehen, wenn die Erträge aus dem Emissionszertifikatehandel nicht der Kommission zur Verfügung gestellt würden, sondern an die Mitgliedstaaten zurückfließen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Wir können uns gerne darauf verständigen, dass Einnahmen aus dem Emissionshandel auch für Maßnahmen im Bereich des Klimaschutzes verwendet werden müssen, aber die Einnahmen sollen an die Mitgliedstaaten zurückfließen. Auch hier warne ich vor einer Camouflage der Kommission.

Was die **CO₂-Emissionen** bei Neuwagen angeht, so glaube ich, dass es notwendig ist zu sehen, dass der Bedarf an Veränderung und Modernisierung in der Automobilindustrie nicht durch die Finanzkrise beschleunigt wird. Aber wir dürfen bei allen Hilfen, die wir gewähren, nicht dazu beitragen, dass wir aus den Staatshilfen eine dauerhafte Einrichtung für Autohersteller machen. Ich glaube aber auch, dass es wichtig ist, dass wir jetzt nicht zu einer einseitigen Benachteiligung von Herstellern von Premiumautomobilen kommen. Wir alle wissen, dass der technische Fortschritt in der Automobilindustrie gerade von den Herstellern ausgeht, die Premiumautomobile produzieren. Deswegen müssen alle, die ein Interesse an Klimaschutz und an Modernisierung

- in diesem Bereich haben, darauf achten, dass sie diese technologische Führerschaft nicht unterminieren. (C)

Lassen Sie mich einige Worte zum **Vertrag von Lissabon** sagen. In **Irland** hat ein Unterausschuss einen Bericht vorgelegt, der zu dem Ergebnis kommt, dass nach der irischen Verfassung ein zweites Referendum möglich ist. Ob die Iren dieses Vorgehen wählen, müssen sie selbst entscheiden. Sie werden möglicherweise bei dem im Dezember anstehenden Europäischen Rat ihre nächsten Schritte darlegen und mit den Partnern der Europäischen Union erörtern. Ich glaube aber auch, dass es notwendig ist zu sehen, dass trotz jüngster Umfragen eine Mehrheit in der irischen Bevölkerung für den Vertrag von Lissabon keineswegs als gesichert angesehen werden kann.

(Beifall des Abg. Dr. Diether Dehm [DIE LINKE])

Deswegen meine ich: Wir müssen sehr ernsthaft fragen, was man jetzt tun kann, um irische Bedenken aufzugreifen. Es gibt offenbar eine weitverbreitete Sorge, dass irische Kerninteressen nicht berücksichtigt werden könnten und sich die Europäische Union darüber hinwegsetzen könnte. Ich habe bei meinem Besuch in Irland vor wenigen Wochen hohe Aufmerksamkeit für meine Schilderung gefunden, wie wir im Parlament die Rolle des Deutschen Bundestages und des Bundesrates bei der Befassung mit europäischen Angelegenheiten gestärkt haben. Ich glaube, dass das durchaus ein Modell wäre, das auch in anderen Parlamenten, gerade in Irland, funktionieren könnte. Wenn wir zeigen, dass das nationale Parlament das Forum ist, wo die Begleitung europäischer Prozesse erfolgt, dass wir damit nationale Interessen auf die europapolitische Agenda setzen können und diese durch die eigene Regierung in der Europäischen Union vortragen lassen können, dann kann das insgesamt die Akzeptanz der europäischen Politik stärken. (D)

Ich möchte etwas zu dem **Vorschlag, die Kommission neu zu ordnen**, sagen. Es gibt einen gewaltigen Drang, dahin zurückzukehren, dass jeder Mitgliedstaat einen eigenen Kommissar hat. Ich kann dem Vorschlag einiges abgewinnen, so etwas wie stellvertretende Kommissare einzuführen – unsere europäischen Kollegen sprechen gern von „Junior-Kommissaren“; das klingt mir ein bisschen zu sehr nach Ausbildungsbedürftigkeit –, die zwar kein eigenes Ressort, aber in der Kommission ein volles Stimmrecht haben. Das ist ein diskussionswürdiges Projekt. Ich darf darauf hinweisen, dass so etwas in der bayerischen Staatsregierung seit vielen Jahrzehnten gut funktioniert.

(Markus Löning [FDP]: Na denn!)

Dort gehören die Staatssekretäre dem Kabinett mit vollem Stimmrecht an. Es gibt also modellhafte Beispiele, die die Praktikabilität eines solchen Vorschlags belegen.

Wenn diese Diskussion so geführt wird, müssen gerade wir Deutschen uns in Erinnerung rufen, dass wir einmal zwei Kommissare hatten und schon auf einen verzichtet haben. Wenn wir also dahin kommen sollten, dass wieder jeder Mitgliedstaat einen eigenen Kommissar bekommt – wenn auch nicht jeder mit einem eigenen

Thomas Silberhorn

- (A) Portfolio –, dann muss das Mindeste, was wir auf den Tisch legen, sein, dass eine Rotation nur unter den kleinen Mitgliedstaaten stattfindet, dass aber die großen Mitgliedstaaten einen ständigen Kommissar erhalten. Das sollte unser Anliegen sein.

Auch hier gibt es übrigens ein Modell, das bereits funktioniert, nämlich bei den Generalanwälten am Europäischen Gerichtshof. Auch dort haben die großen Mitgliedstaaten einen permanenten Generalanwalt, und auch dort findet bei der Vertretung der kleineren Mitgliedstaaten eine Rotation statt. Ich weiß wohl, dass man dazu eine Vertragsänderung brauchte. Wenn eine solche Diskussion, die auf einen Eingriff in das institutionelle Gefüge abzielt, geführt wird, dann müssen wir unsere Interessen sehr klar auf den Tisch legen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie des Abg. Markus Löning [FDP])

Lassen Sie mich dazu ein Letztes sagen. Die Diskussion über die Zusammensetzung der Kommission wird gerade deshalb so heftig geführt, weil die Kommission die einzige Einrichtung ist, die überhaupt eine Initiative ergreifen darf. Deswegen wiederhole ich meine Kritik an diesem **Initiativmonopol der Kommission**: Dieses Monopol ist überholt. Wir müssen diese Regelung überarbeiten. Wir müssen im Ergebnis dahin kommen, dass in Europa eine Initiative eingebracht werden kann, die parlamentarisch, von gewählten Vertretern des Volkes, und nicht nur von der Exekutive getragen ist. Dass das bisher nicht so ist, halte ich für einen der Webfehler in der Konstruktion der Europäischen Union. Dieser Fehler erklärt manche Diskussion, manche aktuelle Debatte erst. Wir müssen die Ursachen bekämpfen und nicht nur an den Symptomen herumdoktern.

- (B) Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Dr. Diether Dehm ist der nächste Redner für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Diether Dehm (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „Die Verpflichtung auf den ‚unverfälschten Wettbewerb‘ im **Lissabon-Vertrag** stellt insgesamt die Öffentliche Daseinsvorsorge, den ‚demokratischen und sozialen Rechtsstaat‘ infrage.“

Das war ein Zitat vom Bundeskongress der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD, AfA, dort so mit großer Mehrheit beschlossen.

Ich zitiere weiter: „Die AfA lehnt den Lissabon-Vertrag ab und fordert die Bundestagsabgeordneten der SPD auf, diesem Vertrag im Bundestag nicht zuzustimmen.“

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist Eure Stimme aus den Betrieben, lieber Axel Schäfer. Dieser Stimme zu folgen, ist besser, als Irland

und andere indirekt mit der Rauswurfandrohung aus der EU zu erpressen. (C)

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Sehr richtig!)

Der miserable Lissabon-Vertrag ermutigt den Europäischen Gerichtshof zu solchen Skandalurteilen wie dem Ruffert-Urteil,

(Dr. Angelica Schwall-Düren [SPD]: So ein Quatsch!)

das der niedersächsischen Landesregierung verbietet, Bauunternehmen Vorzug zu gewähren, die wenigstens ordentliche Tariflöhne zahlen. Ich verweise auch auf die unverschämten EuGH-Angriffe auf unser VW-Gesetz, also auf die Mitbestimmung bei VW, oder – so im Viking-Urteil geschehen – auf das Streikrecht in Europa.

(Beifall bei der LINKEN)

Darum fürchten Sie jede Volksabstimmung wie der Teufel das Weihwasser. Aber die Europawahl am 7. Juni wird quasi zur Volksabstimmung gegen den Lissabon-Vertrag. Die Linke wird die einzige Wahl sein, auch für die Mitglieder der AfA in der SPD.

(Beifall bei der LINKEN)

Barack Obama klotzt mit 2 Prozent des US-Brutto-sozialprodukts für Arbeitsplätze und gegen die Finanzkrise. So etwas dürften Sie beim EU-Stabilitätspakt gar nicht.

(Dirk Niebel [FDP]: Dann wandern Sie doch nach Amerika aus!) (D)

Und so kleckern Sie mit „neu und netto“ 0,25 Prozent hinterher.

Der oft von der NPD beklatschte Roland Koch sagte gestern, wir bräuchten keine weiteren Konjunkturanstrengungen. Koch, der Fachmann für schwarze Koffer, kennt nur Milliarden für Milliardäre, aber nicht für Millionen Arbeitnehmer.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Wir sind hier nicht auf einem Parteitag!)

Mit dem geltenden EU-Recht könnten Sie nicht einmal verhindern, dass Steuermilliarden für Opel in die USA abfließen.

(Dirk Niebel [FDP]: Oder SED-Vermögen nach Kuba!)

Das verbietet Ihnen Art. 56 des EG-Vertrages.

Wir aber wollen ein EU-Recht, mit dem die Folgen der Krise nicht auf die Leiharbeiter, die Rentner, die Arbeiter bei Opel, die Studierenden und unsere Handwerksbetriebe abgewälzt werden. Diejenigen sollen Macht abgeben, die diesen Finanz-Tsunami aufgequollen haben: die Spekulationsfondsbesitzer und die Großbanken.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Diether Dehm

- (A) Wir wollen ein neues **EU-Recht**, das dem Frieden Vorrang gibt vor Battle Groups und dem Aufrüstungszwang des Lissabon-Vertrags. Die Linke will ein neues EU-Recht, das dem Klimaschutz Vorrang gibt vor den Luxusklassen von BMW und Daimler,

(Beifall bei der LINKEN)

wo die Konzernchefs den Umweltmarkt verschlafen haben.

Sie, Frau Merkel, haben sich vor dem EU-Rat und vor dem Klimagipfel in Poznań für die Luxuskarossen durchgesetzt,

(Widerspruch bei der CDU/CSU)

ein Pyrrhussieg über das Polareis und die Alpengletscher, ein trauriger Sieg über die Nachgeborenen.

(Beifall bei der LINKEN)

Als Umweltministerin wollten Sie die 120 Gramm pro Kilometer bis 2005, die Sie jetzt als Kanzlerin ins Nirwana nach 2015 vertagen. Jetzt, wo es in den USA ein kleines grünes Licht fürs Klima gibt, schalten Sie die Ampel auf Schwarz-Rot. Sie sind keine große Europäerin, Frau Merkel. Sie sind eine Kanzlerin der Luxusklassen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Oh!)

Sie flehen die Deutsche Bank an, die Steuermilliarden doch gnädigerweise in Anspruch zu nehmen. Aber die Deutsche Bank gehört seit 1945 eher verstaatlicht, als mit den Milliarden der Steuerzahler gesalbt und gepudert.

(B)

(Beifall bei der LINKEN)

Der gesamte **Kreditsektor** gehört unter Gemeinnützigkeit gestellt. Die Sparkassen und Genossenschaftsbanken müssen Vorrang haben vor den Universalbanken. Kredite sollen kreativen unternehmerischen Ideen und dem Allgemeinwohl dienen. Aber dazu muss das Finanzcasino radikal geschlossen werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wollen ein europäisches Recht, das offen ist für **Vergesellschaftung** – so wie unser Grundgesetz in Art. 15 –, das den Wählerinnen und Wählern die Überführung der deutschen Banken in Gemeineigentum erlaubt und nicht, mit dem Lissabon-Vertrag, verbietet. Nur ein solches Europa, das rechtlich den „Terror der Ökonomie“ stoppen darf, wie ihn Viviane Forrester genannt hat, das den Terror der Deutschen Bank und der Allianz gegen Arbeitsplätze, Sozialstaat und Frieden stoppen darf, ein Europa, das sozial, friedlich, ökologisch und demokratisch „mit dem Herzen gedacht ist“ – um Konstantin Wecker zu zitieren –,

(Beifall bei der LINKEN)

hat – statt Milliardenäre zu vergötzen – eine Zukunft in den Herzen und Köpfen der Millionen in diesem Europa.

(Beifall bei der LINKEN – Thomas Silberhorn [CDU/CSU]: Ihre Lyrik reimt sich nicht, Herr Kollege!)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

(C)

Nächster Redner ist der Kollege Frank Schwabe für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Frank Schwabe (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Temperament der vorherigen Rede ist nicht zu toppen; ich mache es ein bisschen ruhiger.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Katherina Reiche [Potsdam] [CDU/CSU]: Das ist ein guter Anfang!)

– Vielen Dank. Ich versuche auch, keine Parteitagsrede zu halten.

Der Abschluss der französischen Ratspräsidentschaft findet ganz ohne Zweifel unter ganz anderen Rahmenbedingungen statt, als es zumindest zu Beginn absehbar war. Die Finanz- und beginnende Wirtschaftskrise stellt die Europäische Union vor mindestens zwei **zentrale Fragestellungen und Herausforderungen**, die es anzunehmen und zu bewältigen gilt.

Erstens. Wie kann Europa als gemeinsamer großer Wirtschaftsraum – darüber ist heute in der Tat schon viel gesprochen worden – in die Lage versetzt werden, die notwendigen politischen Instrumente zu entwickeln – wann sollte Europa dies tun, wenn nicht jetzt – und gemeinsam und koordiniert eine aktive, steuernde Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik zu betreiben?

(D)

Die zweite Herausforderung ist, dass Europa als Vorreiter – jedenfalls bisheriger, mit starker deutscher Rolle – weltweiter Klimaschutzpolitik erkennt, dass ein ambitionierter Klimaschutz nicht Teil eines Weges in die Krise, sondern Teil eines Weges aus der Krise ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Bei Letzterem muss man sich wirklich entscheiden. Niemand – das ist heute hier mehrfach beschworen worden – will Brüche in unserer industriellen Basis, nicht bei Stahl, nicht bei Chemie und erst recht nicht beim Auto. Vor allem die SPD will solche Brüche nicht. Ich komme aus dem Ruhrgebiet und weiß, wie schwierig die Situation ist, wenn es Brüche in der industriellen Basis gibt. Behutsamkeit im Umbau der Grundlagen der Energieversorgung und der Energienutzung darf aber nicht mit mangelnder Klarheit in der Zielrichtung und mangelnder Konsequenz in den Handlungen verwechselt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich fürchte, dass da die eine oder andere Diskussion zu führen ist.

Nicholas Stern hat zu Recht darauf verwiesen, dass es sich beim **Klimawandel** um das größte Marktversagen aller Zeiten handelt. Die Folgen der aktuellen Entwicklungen der Finanzmärkte werden – bei aller Dramatik – verschwindend gering sein gegenüber den Wohlstandsverlusten, die durch den Klimawandel zu erwarten sind.

Frank Schwabe

- (A) Jetzt gilt es, einem süßen Gift zu widerstehen: Wenn man von der Notwendigkeit einer grundlegenden und umfassenden Klimaschutzpolitik überzeugt ist – das haben, glaube ich, heute alle hier zum Ausdruck gebracht –, darf man sich nicht von kurzfristigen, über den Tag nicht hinausblickenden Lobbyinteressen leiten lassen.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie wahr!)

Diese sind oftmals nicht von einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung getrieben, weder für Arbeitsplätze noch für Energieversorgungssicherheit. Vielmehr sind sie zu oft getrieben von kurzfristigem, rein auf eine Kurzfristbetriebsökonomie ausgerichtetem Interesse. Deshalb muss sich Politik ihrer Verantwortung bewusst sein. Politik, nicht Kurzfristökonomie, kann und muss gesellschaftliche Rahmenbedingungen für eine zukünftige Energiepolitik durchsetzen.

Das sage ich gar nicht nur mit Blick auf die Begegnungen mit Bangladeschis, Kenianern, Indonesiern, Menschen aus Sibirien, dem Amazonas-Becken, von kleinen gerade untergehenden Inseln, die uns bitten, ihnen zu helfen, weil unsere Lebensweise ihre gefährdet. Nein, wir brauchen eine andere Energie- und damit Klimaschutzpolitik auch und gerade im eigenen wohlverstandenen Interesse der Menschen in unserem Land. Wir müssen die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes in die Lage versetzen, sich auch zukünftig noch bezahlbar von A nach B bewegen und ihre Wohnung heizen zu können. Wir müssen die Unternehmen in die Lage versetzen, zukünftig energieeffizienter produzieren und am Weltmarkt die effizientesten Produkte anbieten zu können. Das ist die Verantwortung, die wir als Politikerinnen und Politiker haben und die uns niemand abnehmen kann, auch nicht die Wirtschaft. Wir müssen diese Verantwortung wahrnehmen.

(B)

Dafür müssen wir jetzt mutig vorangehen. Jetzt ist die entscheidende Zeit. Was gibt es Vernünftigeres, als gerade jetzt in der Wirtschaftskrise auf Investitionen und Impulse in neue, zukunftsfähige, innovative und effiziente Produkte zu setzen? Das wird sich doppelt auszahlen.

Entschuldigung, Frau Bundeskanzlerin, wenn ich das an dieser Stelle sage: Ich teile all das, was heute in dem beschreibenden Teil zum Klimaschutz gesagt wurde; bei den konkreten Positionen kam mir das eine oder andere allerdings doch etwas zu kurz. Ich glaube, dass aus dem Deutschen Bundestag das klare Signal an die Bundesregierung und den Europäischen Rat gesendet werden muss, dass wir nicht bereit sind, bei den **Klimaschutzziele**n, die wir uns selber hier im Deutschen Bundestag und in der Bundesregierung gesetzt haben, Abstriche zu machen. Ich verweise ausdrücklich auf den Beschluss – der im Übrigen auf die Koalition zurückgeht – in der Drucksache 16/9334 des Deutschen Bundestages, in dem zum Ausdruck kommt, dass wir zu einem ambitionierten Klimaschutz stehen. In diesem Beschluss bekennen wir uns als Deutscher Bundestag zu dem 30-Prozent-Ziel. Dieses Ziel ist heute nicht genannt worden. Ich hoffe, dass die Bundesregierung es auf europäischer Ebene weiterhin vertreten wird. Voraussetzung ist natür-

lich, dass in Kopenhagen auch andere Industriestaaten sich dazu bekennen. Aber ich finde, das 30-Prozent-Ziel muss um der Klarheit willen immer erwähnt werden; sonst glauben einige womöglich, dass sie sich dazu nicht mehr verpflichten müssten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wir verpflichten die Bundesregierung – sehr selbstbewusst, wie es dem deutschen Parlament gebührt – nach Art. 23 Abs. 3 des Grundgesetzes insbesondere auf zwei Positionen zum europäischen Emissionshandel. Da wundert es mich schon, wenn Abgeordnete der Union hier anderes vertreten, als wir im Deutschen Bundestag schon beschlossen haben und heute wieder bekräftigen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das ist erstens die Durchsetzung einer **100-prozentigen, also umfassenden Versteigerung im Bereich der Stromwirtschaft**. Das ist beschlossen, und das werden wir heute wieder beschließen. Es darf keine Lösung geben, bei der insbesondere für die deutschen Energieversorger Ausnahmen möglich sind. Sollte die Regierung diese Position nicht durchsetzen können, muss sie – auch das sage ich hier ausdrücklich – nach Art. 23 den Parlamentsvorbehalt geltend machen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Zweitens geht es in der Tat um die **Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie**; das ist gar keine Frage. Das kann aber eben nicht bedeuten, dass wir Ausnahmen für alle Industrien machen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Es gibt auch Industrien, die nicht im internationalen Wettbewerb stehen. Für sie muss es einen Einstieg in die Versteigerung geben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Bundesregierung kann und darf hier also nicht hinter diese Positionierung zurückfallen. Das würde unsere deutsche Rolle als Führungsnation beim internationalen Klimaschutz zunehmend infrage stellen und dem Geist, aber auch den Buchstaben des Willens des Deutschen Bundestages widersprechen.

Wir erwarten diesbezüglich für die Verhandlungsführung in den nächsten Tagen vor allem eine Unterstützung der Position von Bundesminister Sigmar Gabriel. Achim Steiner und andere, die das in den letzten Tagen gesagt haben, haben recht: Der Klimawandel macht wegen der Finanzkrise keine Pause. – Wir brauchen gerade jetzt mutige Politikerinnen und Politiker, die ihrer Aufgabe gerecht werden, Führung ausüben können und Führung ausüben wollen.

Ich glaube, es ist nicht zu pathetisch, zu sagen: Die Welt schaut auf uns und baut auf uns. Die Welt baut auf

Frank Schwabe

- (A) eine starke Bundesregierung, die starke und klare Signale an die Weltgemeinschaft sendet. Die Welt schaut auch auf die deutsche Bundeskanzlerin, die in der entscheidenden Phase ihrer wahrhaft historischen Aufgabe gerecht werden muss.

Der Deutsche Bundestag unterstützt sie dabei, aber er verpflichtet sie auch mit seiner klaren Haltung für einen engagierten, ambitionierten und konsequenten Klimaschutz.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Für die CDU/CSU-Fraktion spricht nun der Kollege Klaus-Peter Flosbach.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Das ist ein Lichtblick in der Debatte!)

Klaus-Peter Flosbach (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Europäische Rat wird sich in wenigen Tagen mit der Sicherheit von Einlagen bei Banken und Sparkassen beschäftigen.

- (B) Seit 1994 gibt es eine Richtlinie, durch die die Sicherheit von Einlagen geregelt wird. Nach den Turbulenzen an den Finanzmärkten ist es jetzt aber unsere politische Aufgabe, den Änderungen Rechnung zu tragen und dementsprechend die Änderungen dieser Richtlinie vorzunehmen, damit das **Vertrauen in die Finanzmärkte** wieder gestärkt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Hinsichtlich der Banken in Deutschland haben wir sicherlich ganz hervorragende Sicherheits- und Schutzrichtungen, doch der wichtigste Schritt für die Bürger war die Erklärung der Bundeskanzlerin, der Bundesregierung und des Bundesfinanzministers, dass die Einlagen in Deutschland gesichert sind. Das war der wichtigste Schritt in Deutschland, um wieder Vertrauen zu schaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Seit 1994 gibt es in Deutschland und auch in Europa eine **gesetzliche Einlagensicherung**. Durch diese werden den Kunden 90 Prozent ihrer Einlagen auf dem Konto garantiert. Das bedeutet also einen Schutz der Guthaben auf den Konten, der Sparbriefe, der Sparbücher und der Termingelder, der sogenannten Festgelder – allerdings begrenzt auf maximal 20 000 Euro. Das gilt nicht nur für Private, sondern auch für Gewerbetreibende, für Freiberufler und insbesondere auch für die mittelständischen Unternehmen.

Jetzt soll die europaweite Sicherung der Einlagen kurzfristig und schnell auf 50 000 Euro und bis 2011 möglicherweise auf 100 000 Euro angehoben werden. Das wird 90 Prozent aller Einlagen der Bürger und der kleinen Unternehmen umfassen. Durch diese Entschei-

- (C) dung wird weiteres Vertrauen geschaffen, und sie wird von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nachdrücklich unterstützt. Dazu gehört auch, dass der Selbstbehalt des einzelnen Bürgers von 10 Prozent wegfallen wird.

Der Entwurf der Richtlinie enthielt aber eine nicht akzeptable Bestimmung. Der Schutz sollte auf Privatpersonen begrenzt werden. Damit wäre ein großer Teil des **Mittelstandes** aus dem Schutzbereich, der mit dieser Richtlinie verbunden ist, herausgedrängt worden. Der Mittelstand als tragende Säule wäre schwer beschädigt worden.

Erst die Beharrlichkeit der Bundesregierung hat dazu geführt, dass auch die Einlagen von mittelständischen Betrieben geschützt bleiben. Das ist ein wichtiger Erfolg für die Unternehmen und die Sicherung der Arbeitsplätze in Deutschland.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Beachten Sie bitte, dass die gesetzliche Einlagensicherung nur eine Basisabsicherung ist; denn die deutschen Kreditinstitute gehen weit über diese Regelungen hinaus. Jede Säule unseres Bankensystems hat einen eigenen, **ergänzenden Sicherungsfonds**. Der Einlagen- und Sicherungsfonds des Bundesverbands deutscher Banken garantiert auch bei Kleinstbanken Einlagen von bis zu 1,5 Millionen Euro je Anleger. Die Sparkassen sowie die Raiffeisenbanken und Volksbanken gehen sogar noch weiter und garantieren die vollständige Absicherung aller Einlagen ihrer Kunden.

- (D) Ist deshalb eine europäische Lösung möglicherweise überflüssig? Nein, in der europäischen Regelung wird genau definiert, was mindestens abzusichern ist, wann der Anspruch festgestellt werden muss und dass nach der aktuellen Vorlage bereits nach 20 Arbeitstagen für jeden einzelnen Anleger Entschädigung geleistet werden muss.

Für die einzelnen Bürger ist es natürlich entscheidend, ob ihre Geldanlage bei der Bank gesichert ist oder verloren gehen kann. Will der Bürger einen höheren Ertrag erzielen, muss er ein höheres Risiko eingehen. Da aber die Anbieter von Finanzprodukten einen Wissensvorsprung haben, muss der Anleger meines Erachtens jederzeit darüber informiert sein, ob seine Anlage geschützt ist, ob sie den Schutz einer Sicherungseinrichtung hat. Dann werden auch keine Papiere gekauft oder verkauft, die für eine Altersvorsorge überhaupt nicht geeignet sind.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Unsicherheit bei den Bürgern ist nach wie vor sehr groß. Viele haben ihre Guthaben beispielsweise aus offenen Immobilienfonds, offenen Investmentfonds und auch aus Geldmarktfonds abgezogen, obwohl diese als sogenannte Sondervermögen von der Pleite einer Bank oder Investmentgesellschaft überhaupt nicht betroffen wären. Hier liegt das Risiko nur innerhalb der Anlage, innerhalb des Fonds.

Es ist unsere Aufgabe, insgesamt Rahmenbedingungen für einen leistungsfähigen Finanzplatz in Deutschland und Europa zu schaffen. Wer sein Geld sicher anlegen will und damit auf höhere Renditen verzichtet, muss

Klaus-Peter Flosbach

- (A) sich darauf verlassen können, dass seine Anlage hier geschützt ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bundesregierung konnte in den Vorverhandlungen zum Europäischen Rat zahlreiche Verbesserungen erreichen. Gemeinsam mit der Einlagensicherung deutscher Banken und Sparkassen werden die neuen europäischen Vorschriften den Schutz der Anleger stärken und das Vertrauen in das finanzielle Sicherheitsnetz erhalten. Das ist ein wichtiger Erfolg für die Sparer und Anleger in Deutschland.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Letzter Redner in dieser Debatte ist der Kollege Markus Meckel für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Markus Meckel (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Kanzlerin hat zu Beginn ihrer Rede von zwei großen Herausforderungen für die französische Präsidentschaft gesprochen: zum einen von der außenpolitischen Herausforderung im **Georgien-Russland-Krieg** und zum anderen von der Finanzkrise. Ich möchte an den ersten Punkt anknüpfen und die Fragen der Außenpolitik, die auf dem Gipfel eine Rolle spielen – auch wir stehen vor deren Beantwortung –, ansprechen.

- (B) Das, was Frankreich im Zusammenhang mit dem Krieg zwischen Russland und Georgien erreicht hat, war wichtig. Dies verdanken wir erstens einem entschlossenen Handeln und zweitens einer großen Geschlossenheit; das ist angesprochen worden. Dass das bei 27 Staaten mit sehr unterschiedlichen Erfahrungen nicht einfach ist, wurde ebenfalls deutlich. Dies zeigt aber auch, dass wir politischen Willen und Geschlossenheit brauchen, um das zu tun, was wir auch in Zukunft tun müssen und was von uns erwartet wird, nämlich Global Player zu sein. Die Europäische Union hat dies im Sommer dieses Jahres zwar geschafft; aber sie wird dies auch fortführen müssen. Dies ist für uns alle eine große Herausforderung.

Natürlich wissen wir, dass der **Lissabonner Vertrag** eine entscheidende Rolle spielt, wenn es darum geht, uns die entsprechenden Instrumente in die Hand zu geben. Wir alle hoffen sehr, dass im nächsten Jahr die richtigen Entscheidungen fallen und wir diese Instrumente in die Hand bekommen. Aber auch dann, wenn uns diese Instrumente zur Verfügung stehen, bleibt es bei der zentralen Frage des politischen Willens und der Geschlossenheit der Europäischen Union; denn die Herausforderungen, vor denen wir stehen, sind groß. An allen Brennpunkten der Welt – so kann man sogar sagen – sind die Erwartungen an uns Europäer immens – gerade auch nach acht Jahren Amtszeit des amerikanischen Präsidenten Bush, nach der sich manche Erwartungen an Amerika, aber nichtsdestoweniger auch an uns selbst richten.

(Beifall bei der SPD)

- Ich kann jetzt nicht alle Konfliktfelder aufzählen und werde mich auf ein paar Stichworte beschränken: (C)

Erstens. Im Gefolge des Kaukasuskrieges wird es bei der im Dezember erneut stattfindenden **Genfer Konferenz** darauf ankommen, Russland davon zu überzeugen, dass der von dieser Konferenz gesetzte Rahmen für die Zukunft notwendig ist, um einerseits einen Rahmen für die praktischen Fragen zu geben – die Menschen vor Ort brauchen uns, und die Flüchtlinge müssen versorgt werden; wie das konkrete Management vor Ort aussieht, haben wir gestern im Ausschuss von Herrn Haber, dem Leiter der europäischen Mission gehört –, andererseits aber auch im Hinblick auf die langfristigen Statusfragen. Wir beharren darauf, dass die territoriale Integrität Georgiens gewahrt bleiben muss, und akzeptieren nicht, dass Russland die beiden abgespalteten Gebiete anerkannt hat. Für die Zukunft wird es also von zentraler Bedeutung sein, einen langfristigen Rahmen für internationale Konfliktlösungen zu schaffen.

Zweitens zur Zukunft des Kosovo: Nach dem Brief des serbischen Präsidenten und der Entscheidung der Europäischen Kommission kann **EULEX** endlich starten. Dies ist die größte Mission der Europäischen Union, bei der zivile Maßnahmen im Mittelpunkt stehen. Gerade in den letzten Tagen haben wir erlebt, dass es eine zentrale Frage sein wird, inwieweit die internationale Akzeptanz, aber auch die Akzeptanz vor Ort für EULEX gewährleistet werden kann. Ich nehme an, nicht allein davon überzeugt zu sein, dass die Zukunft des Kosovo vom Gelingen dieser Mission abhängt.

(Beifall bei der SPD)

(D)

Die Zukunft der Menschen sowohl im Kosovo selbst als auch in Serbien wird ganz wesentlich davon bestimmt sein, dass sie dies erkennen. Für das Kosovo gilt dies im Hinblick auf den Umgang mit der dortigen serbischen Minderheit, Serbien muss erkennen, dass nicht das Fehlschlagen dieser Mission, sondern deren Gelingen hilft, in der gesamten Region Fortschritte zu erzielen. Dies verbinden wir mit der notwendigen europäischen Perspektive, die wir eröffnet haben und die wir verstärken müssen. Die Menschen setzen darauf, dass sie als Europäer anerkannt sind. Es wird darauf ankommen, dass wir ihnen die Bedingungen dafür schaffen. Natürlich müssen sie sich aber auch vor Ort entsprechend verhalten. Dies ist eine Herausforderung sowohl für Herrn Thaçi und seine Regierung als auch für die serbische Regierung, aber auch für uns, die wir diese Mission sowohl personell als auch im konkreten Verhalten implementieren müssen.

Drittens zur **Zusammenarbeit von EU und NATO**: Während des Gipfels wird von Frankreich der Implementierungsbericht der europäischen Sicherheitsstrategie vorgelegt werden. Wenn die NATO nach ihrem 60. Jahrestag im Frühjahr nächsten Jahres ein neues strategisches Konzept ausarbeiten wird, muss die Implementierung des europäischen Sicherheitskonzeptes gemeinsam mit dem strategischen Konzept so erfolgen, dass die Zusammenarbeit von NATO und Europäischer Union in Zukunft besser gewährleistet ist, als es bis heute der Fall ist. Diese Frage stellt sich nicht nur Ame-

Markus Meckel

- (A) rika, sondern insbesondere uns Europäern. Wir müssen klarmachen, was wir wollen, dass wir zu dem stehen, was wir wollen, und dafür auch die notwendigen Ressourcen bereitstellen. Dieser großen Herausforderung müssen wir Europäer uns stellen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 16/11176. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke gegen die Stimmen der FDP-Fraktion abgelehnt.

(B)

(C)

(D)